

Südbayer Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Südbayer Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telephon Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum 40 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 142.

Donnerstag, den 20. Juni 1918.

25. Jahrg.

Wohin soll das noch führen?

Mitten in einer Zeit, in der die Klagen über ungenügende Ernährung, über die hohe Preislage aller Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens Unruhe und Unzufriedenheit im Uebermaß erzeugen, wird der Bevölkerung mit der bekannten agrarischen Rücksichtslosigkeit eine Brotpreiserhöhung zugemutet. Neue Lasten zugunsten derjenigen, denen der Krieg wirtschaftlich wohl manche Erleichterungen brachte, aber durch einen reichlichen Nutzen doch auch einen wertvollen Ausgleich bot.

Es sollen die Preise für die Ertragnisse aus der künftigen Ernte für Roggen und Weizen um 35 Mk. die Tonne, für Hafer und Gerste um 30 Mk. erhöht werden. Das bedeutet für Roggen einen Preis von 305 bis 315 Mk., für Weizen 325 bis 335 Mk., Hafer und Gerste kommt dem Roggenpreis gleich. Die Frühdruschprämie, die im vorigen Jahre 60 Mk. betrug, soll in diesem Jahre auf 120 Mk. erhöht werden, dann im schnellsten Tempo herabfallen, um im Oktober auf 20 Mk. zu gelangen. Das Kriegsernährungsamt hat die Zusage erhalten, daß diese Frühdruschprämie aus Staatsmitteln gedeckt wird, mithin bei der Brotpreisberechnung nicht zur Geltung kommt. Immerhin werden wir mit einer Brotpreiserhöhung von ungefähr 5 Pfg. pro Pfund vom August ab zu rechnen haben.

Diese Preiserhöhung bedeutet für die Landwirtschaft eine sehr erhebliche Zuwendung. Rechnet man den Verbrauch für die versorgungsberechtigte Bevölkerung und Seeresverwaltung auf 6 Millionen Tonnen jährlich, so ergibt der Aufschlag von 35 Mk. eine Zuwendung von 210 Millionen. Nimmt man hierbei die Frühdruschprämie, deren Ertrag man im Durchschnitt wohl auf 60 Mk. nicht zu hoch anrechnet, so kommen weitere 300 Millionen in Ansatz und schätzt man die Mehreinnahme für Gerste und Hafer auf einen ähnlichen Betrag, so wird rund eine Milliarde aus diesem erfolgreichen agrarischen Vorstoß zu verzeichnen sein. Für die Begründung dieser Preiserhöhung wird in der landwirtschaftlichen Presse und auch vom Kriegsernährungsamt geltend gemacht, daß im Ausland die Preise erheblich höher stehen. Das mag für einige Länder zutreffen, ist aber nicht allgemein gültig. Vor allem darf natürlich nicht der Preis in Ansatz gebracht werden, der entsteht durch übermäßig hohe Frachten in der Zufuhr, sondern es muß in Vergleich gestellt werden der Preis für die inländische Produktion im Ausland. Was z. B. die englische Preisfestsetzung anbetrifft, so ist für englischen Weizen pro Tonne ein Preis von 337 Mk., für Gerste 328 Mk., für Hafer 311 Mk. im Februar dieses Jahres festgesetzt. Demgegenüber betrug in Deutschland im Februar der Preis einschließlich der Frühdruschprämie für Weizen 350 Mk., für Gerste 330 Mk. und für Hafer wurden bis zu 400 Mk. von der Militärverwaltung gezahlt. Das sind Preise, die um ein erhebliches die englischen Festsetzungen überschreiten, nimmt man nun die neuen Preisfestsetzungen hinzu, so ergibt das bei Beginn der Ernte mit der hohen Frühdruschprämie von 120 Mk. für Weizen in Deutschland einen Preis von 445 Mk., für Gerste und Hafer 420 Mk.; demgegenüber muß die englische Festsetzung als bescheiden bezeichnet werden. Allerdings stützen dann die Preise mit dem Fehlen der Frühdruschprämie auf 325 resp. 300 Mk. Dabei ist immerhin sehr fraglich, ob diese sinkende Stala der Frühdruschprämie eingehalten wird. Bei der vorigen Ernte wurde bis Ende Februar die volle Frühdruschprämie von 60 Mk. gezahlt, für Hafer noch besondere Aufschläge, die, wie schon bemerkt, den Preis auf 400 Mk. setzten und auch darüber hinaus wurde die Frühdruschprämie auch dann gewährt, wenn der Besitzer nachwies, daß er ohne Verschulden nicht früher liefern konnte.

Die Interessenten der Landwirtschaft begründen ihre Forderung, die übrigens darauf hinausging, den Grundpreis um 60 Mk. zu erhöhen und die Frühdruschprämie auf 150 Mk. festzusetzen, damit, daß die Produktionskosten so gewaltig gestiegen sind, daß der Anbau von Getreide nicht mehr lohne und zu befürchten sei, daß im künftigen Jahr der Anbau erheblich zurückgeht, wenn nicht die Preiserhöhung erfolgt. Es wird niemand bestreiten, daß die Produktionskosten für die Landwirtschaft erheblich gestiegen sind, aber es fragt sich, ob nicht bei dem gegenwärtigen Preis, der mit der Frühdruschprämie für Roggen um 100 Prozent, für Weizen um 75 Prozent höher stand gegen den Friedenspreis, nicht dennoch die erheblichen Mehraufwände der Landwirtschaft gedeckt sind. Die enorme Preissteigerung der Güterpreise deutet darauf hin, daß der Gewinn aus dem landwirtschaftlichen Betrieb so gesteigert ist, daß mit diesen Preisen ein sehr gutes Auskommen möglich ist. Immerhin ist nicht zu bestreiten, daß beispielsweise die günstige Preislage für Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Delsaaten, Gemüse und Zuckerrüben den Anbau dieser Fruchtarten vorteilhafter erscheinen läßt als den Getreideanbau. Wir bekommen bei diesen Preisabmessungen immer die Begründung zu hören, daß der Anbau dieser oder jener Frucht durch einen höheren Preis angereizt werden muß. Ist der Preis durchgesetzt, dann kommt wiederum der Vergleich mit der Fruchtart, die allnähermäßig höher im Preise steht, sodaß wir uns fortwährend in einem Kreis andauernder Preisaufwärtsbewegungen befinden. Wenn, wie von landwirtschaftlicher Seite behauptet wird, der Getreideanbau zurückgeht, so wird das Kriegsernährungsamt gar keine anderen Mittel zur Ver-

fügung haben, als den Anbauzwang für Getreide durchzuführen. Denn die Gefahr, die durch eine besonders hohe Preisbegünstigung einiger Produkte entstehen kann, ist nicht von der Hand zu weisen.

Das bedenkliche der Maßnahmen ist vor allem die Anhebung, nunmehr auch die Viehpreise entsprechend den hohen Futtermittelpreisen zu erhöhen. Damit steht in enger Verbindung **Heranführung der Milch- und Butterpreise.** Die Schweinepreise werden bereits auf 130 Mk. pro Zentner Lebendgewicht heraufgesetzt, ein Aufschlag von ungefähr 50 Mk., der wiederum begründet wird mit den enorm hohen Ferkelpreisen. Wenn auch die Preiserhöhung im wesentlichen von der Militärverwaltung getragen wird, da an die Zivilbevölkerung Schweinefleisch in diesem Jahre kaum abgegeben wird, abgesehen von den Hausflachtungen, so wird diese Preiserhöhung den Konsumenten direkt als Steuerzahler treffen. Es wäre sicherlich für den kleinen Landwirt viel besser gewesen, man hätte die Ferkelpreise durch Höchstpreise begrenzt und diesen milden Spekulationen ein Ziel gesetzt.

Dem Kriegsernährungsamt ist von den Vertretern der sozialdemokratischen Partei dargelegt worden, daß die Preissteigerung für durchaus unbedeutend erachtet; selbst wenn es richtig wäre, daß der Getreideanbau nur einen mäßigen Vorteil bietet, so ist nicht zu vergessen, daß andere landwirtschaftliche Produkte so enorm im Preise gestiegen sind, daß ein **reichlicher Ausgleich** gegeben ist. Die landwirtschaftliche Produktion nur durch hohe Preise anzuregen, wird unmöglich sein, denn viel wichtiger für die Landwirtschaft ist, daß genügend Arbeitskräfte, Düngemittel, Saatgut zur Verfügung stehen. Politisch bedenklich in einer so ernsten Zeit ist die Maßnahme schon deshalb, weil sie einer Interessentengruppe, die bisher im Krieg ein gutes Auskommen hatte, aufs neue ohne dringenden Anlaß die Gewinnquote erhöht. Wenn auch ein Teil der Mehrkosten vom Reich getragen wird, so wird das für die Bevölkerung keine vollständige Beruhigung bieten, noch weniger aber auch der Hinweis auf die Verhältnisse im Ausland die Berechtigung des Anspruchs begründen können, denn es kommt immer darauf an, ob unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen diese Preissteigerung berechtigt ist. Dieser Nachweis kann nicht geführt werden, es sei denn, man hält es für berechtigt, daß auch die Landwirtschaft aus der Kriegskonjunktur ihren großen Nutzen zugewiesen erhält.

Die Möglichkeit von Friedensverhandlungen.

Lord Milner, Mitglied des englischen Kriegskabinetts, hat jüngst eine auch von uns wiedergegebene Rede gehalten, die ganz ersichtlich den Zweck verfolgte, in den Ententevölkern das Gefühl von der Notwendigkeit der Weiterführung des Krieges zu stärken. Die hanebüchene Ausfälle gegen Deutschland darin und der Hohn über die von den Deutschen verflachten Bundesgenossen (Österreich-Ungarn usw.) lassen daran gar keinen Zweifel.

Leider können sich die deutschen Staatsmänner immer noch nicht dazu aufraffen auf solche Reden sofort die nötige Antwort zu geben und so in öffentlicher Diskussion vor aller Welt ungedeckte Unterschreitungen zurückzuweisen und Unklarheiten klarzustellen. Um so erfreulicher ist es, daß der neue österreichische Außenminister Graf Burian, nach dem Muster seines Vorgängers, sich eine Gelegenheit geschaffen hat, dem englischen Minister zu antworten. Und erfreulich und bemerkenswert ist auch die Antwort selbst.

In einer Unterredung, zu der er den Hauptredakteur des Wiener „Fremdenblatt“ heranzog, wandte er sich gegen die Behauptung Lord Milners, Deutschland strebe eine Welt Herrschaft an, suche sie durch Gewalt zu erreichen und stelle die Bundesgenossen rückwärtslos zu diesem Zwecke in seinen Dienst. Und er sagte dann wörtlich: „Was die angeblichen Welt Herrschaftspläne der Mittelmächte und deren Bedürfnis betrifft, durch immer weitere Meere von Blut zu waten, so möge Lord Milner denn doch einmal einen aufrichtigen Versuch machen, sich darüber des näheren zu erkundigen. Er wird erstaunt sein, wie himmelweit unsere Ziele von jenen entfernt sind, die unsere Gegner der Welt immer wieder als die unsrigen vorzutäuschen suchen und die sie wie Schreckgemälde an die Wand malen. Darin, daß diese uns untergeschobenen Ziele unerreichbar sind, stimme ich Lord Milner ohne weiteres zu. Aber ich kann ihm versichern, daß es in den Zentralmächten, und hier darf Österreich-Ungarn trotz Lord Milner wohl auch im Namen Deutschlands sprechen, keinen Menschen mit gefundenen Sinnen gibt, der sich ein ähnliches Ziel auch nur in seinen verwegensten Träumen gesetzt hätte.“

Das ist eine höchst erfreuliche Erklärung. Gewiß ist es kein neues Friedensangebot, kein Angebot zu formellen Verhandlungen. Das abfeiten der Zentralmächte auch kaum erfolgen dürfte, nachdem alle solche Angebote von den Staatsmännern der Entente nicht nur immer mit Hohn und Spott zurückgewiesen, sondern auch zur Aufreizung der Kriegselendenschaft in den Ententevölkern und so zur Kriegsverlängerung benutzt sind. Der Graf Burians Erklärung

die offensichtlich auch im Namen Deutschlands abgegeben ist, macht die Türe zu Verhandlungen weit offen. Wollen die Staatsmänner der Entente im Interesse ihrer doch auch jähmer gepöhlten Völker in diese Tür eintreten, so können sie einen Weg in jeder Minute leicht finden. Die von uns wiedergegebenen holländischen Bestrebungen zeigen solchen Weg ja sehr deutlich.

Möge er endlich betreten werden, damit die Welt von dem furchtbaren Grauen und Schrecken und den entsetzlichen Leiden dieses Krieges befreit wird.

Zu der obigen Bemerkung des Grafen Burian erfährt der Wiener Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ noch, daß die Mittelmächte sich allerdings weigern, sich zu einem jener mit Hohn zurückgewiesenen Friedensangebote verleiten zu lassen, daß aber tatsächlich die Friedenshand ausgestreckt und daß es Sache der Entente ist, in sie einzutreten. Wenn Frankreich auf seine Eroberungsziele verzichte, könne in einer Stunde der Friede mit ihm abgeschlossen sein, ein Friede, bei dem Frankreich in voller Ruhe in die Zukunft blicken könne. Der Glaube an die Ernährung ist allerdings noch schwach. Irrenden Meldungen genug über einen beginnenden Stimmungsumschwung vorliegen. Es werden also noch weitere Opfer nötig sein, bevor Frankreich für einen Verständigungsfrieden reif ist.

Über die Friedenskundgebung in Holland, über die wir bereits berichtet haben, liegt heute folgende ausführliche Meldung vor:

Drei bekannte Mitglieder der Niederländischen Zweiten Kammer, die Herren Dr. H. C. Dreeschmans, Dr. A. H. B. Koolen und Dr. F. H. Rutgers, haben ein Rundschreiben erlassen, das die Aufschrift trägt: „Bemittlung durch die holländische Regierung?“ Sie erklären darin, daß in England die Bewegung für einen Verständigungsfrieden zunehme, zitierten entsprechende Äußerungen englischer Staatsmänner, denen sie Erklärungen deutscher Parlamentarier entgegnen, und sprechen den Wunsch aus, daß eine neutrale Regierung zu den Mittelmächten sage:

„Wir glauben zu wissen, daß Ihr nicht einen Eroberungskrieg führt. Wir glauben aus verschiedenen Äußerungen eurer Staatsmänner ableiten zu können, daß Ihr bereit seid, Belgien seine vollständige politische und ökonomische Unabhängigkeit zurückzugeben und Frankreich zu räumen, daß Ihr im allgemeinen bereit seid, mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zu rechnen, daß Ihr mitwirken wollt an der Schaffung eines allgemeinen Völkerbundes.“

Den Entente mächten solle gleichzeitig die neutrale Regierung sagen:

„Wir fühlen uns zur Annahme veranlaßt, daß Ihr nicht nach einer gänzlich vernichtung Deutschlands strebt, daß Ihr nicht die Vernichtung Oesterreich-Ungarns fordert, daß Ihr nicht wünscht, nach dem Kriege gegen die Mittelmächte einen Wirtschaftskrieg zu führen, kurz, daß Ihr bereit seid, über den Frieden zu verhandeln auf der Grundlage der vier Prinzipien, die Präsident Wilson verkündigt hat.“

Dann sprechen die Verfasser der Kundgebung die Ansicht aus, die niederländische Regierung solle so die Vermittlung übernehmen. Wir möchten bemerken, daß in der Fassung der zweiten, für die Entente mächte bestimmten Erklärung die Worte „gänzliche Vernichtung Deutschlands, leicht mißverstanden werden könnten, obwohl die Verfasser wörtlich auch nicht an eine teilweise Vernichtung gedacht haben dürften. Die „Kronz- Zeitung“, welche die Kundgebung bespricht, meint, „Serge Clemenceau und Lloyd George oder Leute ähnlichen Schlages die Entscheidung in Händen hätten, müßten alle Vermittlungsversuche als aussichtslos, zum mindesten als stark verfrüht erachten“, lehnt aber den Gedanken einer neutralen Friedensvermittlung nicht grundsätzlich ab. Dazu läge allerdings auch keinerlei Veranlassung vor.

Was der Krieg bringt

Der deutsche Abendbericht.

WES. Berlin, 19. Juni, abends. (Amstsch.)
Von den Kampfzonen nichts Neues.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 19. Juni. (Amstsch.)

Der Südflügel der Heeresgruppe Feldmarschall von Boroevic erlämpfte in seinem Vordringen neue Vorteile. Der Kanal Lojette wurde in einigen Punkten überschritten. Der Italiener steht alles daran, unser Vordringen aufzuhalten. Auf engen Räumen werden Gefangene zahlreicher zusammengeworfener Verbände eingebracht. Heftige Feindangriffe, die namentlich beiderseits der Bahn Ode-Trevio mit großer Zähigkeit geführt wurden, brachen unter schweren Verlusten, teils in unserem Feuer, teils im Nahkampfe zusammen. Die Divisionen der Generalobersten Erzherzog Josef durchstießen bei Sebilla am Fuß des Montello mehrere italienischen Linien. Die Zahl der Gefangenen erhöhte sich.

In der Gebirgsfront waren die nun am 15. gemeldeten Siegelungen zwischen Biase und Brenta und südlich von Triest abermals das Ziel erbitterter Kämpfe. Der Feind vermochte trotz großer Opfer nirgends Vorteile zu erringen. Auch auf dem Doljo Alto stießen die Italiener immer wieder vergebens vor.

Die Not in Oesterreich.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

In der österreichischen Presse wird als Ursache der Kürzung der Brotration in Wien mehrfach angegeben, daß Deutschland sich verpflichtet, die Mehloberlieferung Oesterreichs bis zur neuen Ernte zu übernehmen, aber seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkam. Das beruht auf einer völlig falschen Auffassung. Bei den Verhandlungen, die unmittelbar vor Pfingsten in Berlin mit den Vertretern Oesterreich-Ungarns über die Getreideausfuhr aus der Ukraine stattfanden, ergab sich die Notwendigkeit, eine einseitige Strafe Leistung der Organisation des Getreideausstausches in der Ukraine herbeizuführen, da sich aus nicht immer ganz einheitlichem Nebeneinanderarbeiten verschiedener Organisationen Mißstände ergeben hatten, die für den Gesamterfolg nachteilig waren. Die Vertreter Oesterreich-Ungarns erklärten sich bereit, die Führung der ganzen Angelegenheit den deutschen Stellen zu überlassen, wenn eine Gewähr geboten werde, daß Oesterreich-Ungarn dann aus der Ukraine, oder wenn dieses versage, aus Rumänien oder Bessarabien die Mindestmenge erhalte, die notwendig sei, um die Versorgung des Heeres und der Bevölkerung Oesterreichs bis zur neuen Ernte aufrecht zu erhalten. Auf dieser Grundlage ist das Abkommen abgeschlossen. Eine Lieferung aus deutschen Beständen ist dabei nicht vorgesehen worden. Sie hätte nur in Frage kommen können, wenn Deutschland noch Reserve-Beiträge hätte. Die über den Bedarf für die Bevölkerung und das Heer hinaus verfügbare Getreidemenge war. Das ist aber in diesem Erntejahre leider nicht der Fall. Daß jetzt die Getreidezufuhren aus der Ukraine und Bessarabien so gering sind, und daß die Versorgung Oesterreichs dadurch sehr schwierig gestaltet, ist sehr bedauerlich. Daß die Ursachen dafür aber völlig außerhalb des Bereichs deutscher Stellen liegen, wird auch von amtlicher österreichischer Seite durchaus anerkannt und ist bei den Verhandlungen, die in diesen Tagen mit dem österreichischen Ernährungsminister stattgefunden haben, besonders zum Ausdruck gebracht worden. Bei diesen Verhandlungen ist auch von deutscher Seite gegenüber den österreichischen Wünschen Entgegenkommen bewiesen worden, soweit es nach der deutschen Versorgungslage zulässig war.

In der Angelegenheit der Verkürzung der Brotquote sagte der Wiener Arbeiterrat Beschlüsse, worin die Wiederherstellung der vollen Brotration und so lange dies nicht möglich ist, Ersatz für Brot gefordert wird. Weiter wird eine Erhöhung der Arbeitslöhne, sowie infolge der Unterernährung Arbeitserleichterungen, Verkürzung der Arbeitszeit und Einschränkung der Nachtarbeit verlangt. Der Arbeiterrat fordert, daß die österreichisch-ungarische Regierung bereit sei, jederzeit in Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, sowie über die Gründung einer Liga der Nationen einzutreten. Der Arbeiterrat verlangt weiter die sofortige Einberufung des Parlaments und betont, daß im Interesse der Lebensmittelerzeugung die Eisenbahner wie Verkehrsarbeiter und die Arbeiter der Lebensmittelindustrie alles vermeiden mögen, was den Verkehr und die Lebensmittelherzeugung stören könnten. Er fordert endlich die Arbeiterschaft auf, Ruhe zu bewahren und alle Zusammenkünfte auf der Straße zu vermeiden.

Der Gemeinderat in Wien beschloß nach bewegter Debatte eine scharfe Entschiedenheit gegen die Kürzung der Brotration. Der Bürgermeister machte dem Gemeinderat dann die Mitteilung, daß in dieser Woche zum letzten Male Kartoffeln ausgegeben werden. Er berichtete ferner über seinen Telegrammwechsel mit Ludendorff, dem Bürgermeister von Budapest, dem ungarischen Ernährungsminister und dem holländischen Ministerpräsidenten. Der Bürgermeister von Budapest telegraphierte: „Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sind wir leider nicht in der Lage, die gewünschte Hilfe zu leisten. Auch wir haben die Brot- und Mehlration herabgesetzt und leben schon seit geraumer Zeit ohne irgendwelche Reserven. Hülsenfrüchte stehen uns seit Monaten überhaupt nicht mehr zur Verfügung.“

Wie der „Vorwärts“ erfährt, verbleibt es in Oesterreich bei der plötzlich dekretierten Herabsetzung der Brotration auf 630 Gramm für die Woche. Eine Verringerung ist erst von der ungarischen Ernte zu erwarten, die am Sonnabend oder Montag beginnen wird, aus der aber Mehl vermutlich erst in 14 bis 20 Tagen geliefert werden können.

Nach einer Meldung aus Budapest hat sich die ungarische Regierung bereit erklärt, 1000 Waggons Frühkartoffeln und 1000 Waggons Hülsenfrüchte nach Wien zu liefern. — Ein Tropfen auf den heißen Stein!

Einrichtung eines ukrainischen Nahrungsmittelrats.

Der deutsche und der österreichisch-ungarische Botschafter unterzeichneten gemeinschaftlich mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten ein Abkommen über die Einrichtung eines ukrainischen Nahrungsmittelrats, der für das ganze Gebiet der Ukraine einheitlich die Anbringung der Nahrungs- und Futtermittel zu regeln und die Versorgung der in der Ukraine stehenden Truppen, der Städte und der Industriestellen der Ukraine sowie die Ausfuhr nach den Mittelmächten zu übernehmen hat.

Der bulgarische Ministerwechsel.

Der König beauftragte Radinow mit der Bildung des neuen Kabinetts.

„Kambana“ gibt einen Überblick über die äußere Politik Radoslawows und sagt: sein Verdienst besteht darin, daß er mit voller Unterwerfung des Staatsoberhauptes die Pläne der Entente durchkreuzte und fast alle bisher gekündigten bulgarischen Paktverträge. Zur Befestigung und dem Ausbau der erreichten Ergebnisse ist die Mitarbeit aller derjenigen politischen Kräfte des Landes nötig, die bisher abseits standen. Wir zweifeln nicht an der Erringung der vollen Volkseinigkeit zur Beseitigung des tiefen und schmerzlichen Schmerzes.

Die Ludendorff-Spende ist der Dank-Altar des deutschen Volkes!

Du hast Opfer über Opfer empfangen - nun opfere selbst und gib!

Die russische Gegenrevolution.

Das Berliner Bureau der Petersburger Telegraphen-Agentur teilt mit: Der Vorkommissar Tschischew hat eine offizielle Erklärung an die bevollmächtigten Vertreter von Frankreich, England, den Vereinigten Staaten und Italien überreicht, in der er erklärt, daß diese Mächte die Vertretung der Interessen der Tschecho-Slowaken in Rußland übernommen hatten. In dieser Note wird die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß die erwähnten Mächte die Notwendigkeit der Einmischung der Tschecho-Slowaken billigen werden, infolge der ausgesprochenen gegenrevolutionären Bewegung, die der ganze Rußland umgibt.

In einer offiziellen Erklärung des Kriegskommissariats zum Tschecho-Slowakischen Aufstande wird mitgeteilt: In den allerersten Tagen wird sich die Lage radikal verändern und die letzte Verschwörung, in die die Gegenrevolutionäre die Tschecho-Slowaken verwickelt haben, wird in allergeringster Zeit liquidiert sein. Wenn die Operationen sich ausdehnen, so eben deshalb, weil Maßnahmen getroffen werden, um radikal den Tschecho-Slowakischen Aufstand, sowie auch alle anderen Aufstände, die mit ihm im Zusammenhange stehen, zu liquidieren.

Befreiung von Tabris durch die Türken.

Die in Persien liegende Stadt Tabris ist von den Türken befreit worden. Die Konstantinopeler Blätter betonen, die Befreiung habe keinen anderen Zweck, als die Bewegungen der Engländer in Nordpersien zu verhindern, welche die türkische Armee im Kaukasus bedrohen und das Einfluß-Gebiet Englands in der früheren russischen Zone ausdehnen trachten. Der „Tauxin“ verweist darauf, daß es sich keineswegs um ein Vorgehen gegen Persien handle, denn die Türkei gehe nicht auf Eroberungen aus. Die türkische Armee schreibe wieder einmal den Engländern den Weg ab, die sie nun wieder in Persien antreffen, nachdem sie ihnen an den Darbanelen, in Mesopotamien und Palästina begegnet seien.

Die englische Regierung verweigert Troelstra den Paß.

Die „Rotterdamische Courant“ meldet: Heute wurde Dr. Troelstra mitgeteilt, daß die englische Regierung es ablehne, ihm einen Paß für die Reise nach England auszustellen. Troelstra wird also an der Konferenz der englischen Arbeiterpartei nicht teilnehmen können.

Diese Konferenz sollte vom 26. bis 28. Juni in London stattfinden. Die französischen Sozialisten sollten durch Renaudel, Thomas, Longuet, die belgischen durch Vandervelde und Hymans und die Schweden durch Branting vertreten sein. Wenn ihnen die englische Regierung nicht auch die Pässe verweigert, Das Vorgehen der englischen Regierung gegen Troelstra ist bezeichnend! Sie will alles daran setzen, um die Unterbrechung von Friedensverhandlungen zu hintertreiben.

Die kommende Entscheidung.

Im englischen Unterhause hielt bei der Vorlage einer Kreditforderung von 500 Millionen Pfund Bonar Law eine Rede, worin er u. a. sagte: Die ganze Summe, die die Alliierten England schulden, beträgt 1378 Millionen Pfund, die der Kolonien jetzt 280 Millionen Pfund. Bonar Law gab sodann eine allgemeine Uebersicht über die Lage. Er sagte: Die neueste Phase in diesem großen Kampfe ist die österreichische Offensive in Italien. Sie bildet einen Teil der heftigsten Offensive der Mittelmächte, die über die gesamte Schlachtfeld zur Ausführung gebracht wird. Unsere Berichte aus dem italienischen Hauptquartier besagen, daß der Feind die Ziele noch nicht erreicht hat, die er schon am ersten Tage zu erreichen gehofft hatte. Es ist noch zu früh, um zu sagen, daß die Gefahr vorüber ist, aber es ist nicht zu früh für mich, im Namen des Unterhauses unsere Bewunderung und unsere Erkenntlichkeit über den Anteil, den unsere Alliierten an diesem Kampfe nehmen, zum Ausdruck zu bringen. (Beifall.)

Was die Lage in Frankreich betrifft, so glaube ich, daß alle Mitglieder des Unterhauses im großen und ganzen vollkommen darüber klar sind. Der große Angriff begann am 21. März, geht gerade 14 Tage, nachdem der vorige Kreditantrag im Unterhause eingereicht worden war. Alle Angelegenheiten für einen bevorstehenden Angriff waren uns Engländern und Franzosen bekannt, aber trotzdem waren sowohl wir wie die Franzosen im Zweifel, ob der Angriff wohl erfolgreich werde, denn wir wußten, daß die deutsche Heeresstärke infolge von Truppenverfälschungen von der russischen Front nach einem oder zwei Monaten größer gewesen wäre als in dem Augenblick, in dem der Angriff losbrach. Auf jeden Fall kam der Angriff, und er hatte in einem Maße Erfolg, der jeden Mann in die äußerste Sorge stürzte. Drei Monate sind jetzt verlaufen, und obwohl die Schlacht noch immer fortwähret, können die Engländer mit einzigem Vertrauen auf das Gelingen zurückblicken. In dem ganzen Weltkriege haben die Deutschen drei strategische Möglichkeiten vor Augen gehabt: die erste war Paris, die zweite die Kanalküste, die dritte ist nicht nur die Niederlande, sondern das Zerreißen der Verbindungen zwischen dem britischen und französischen Streitkräften.

Nun, nach drei Monaten, kann gesagt werden, daß, obwohl die Alliierten viel Gelände haben preisgeben müssen, der Feind keine der drei Ziele erreicht hat. Es sind deutliche Anzeichen in der deutschen Truppe, daß die Deutschen enttäuscht wurden über den Erfolg, wie ganz er auch sein mag. Wenn wir Engländer beim Beginn der Offensive hätten voraussehen können, wie nach drei Monaten unsere Lage sein würde, dann wären wir viel beruhigter gewesen, als wir es in Wirklichkeit gewesen sind. Wir Engländer begreifen deutlich den Unterschied, der zwischen dem Angriff auf die britischen Inseln und dem Angriff auf die französischen Inseln lag. Der erste Schlag am 21. März in der Gegend von St. Quentin kann als die erste große Fehlschlag betrachtet werden. Er war gewissermaßen ein großer Erfolg für unsere Feinde. In gleicher Weise war die erste Phase der Schlacht an der Somme auch ein

großer Erfolg für die Deutschen. Das Parlament wird begreifen, daß auch der Angriff bei Arras eine große Schlacht war, in der die britischen Streitkräfte vollkommen den Sieg behielten haben. Dasselbe gilt auch für die späteren Phasen der Schlacht an der Somme.

Die großen Quellen von Reserven sind für die Alliierten der Vereinigten Staaten. Der Druck der Notwendigkeit hat das, was unmöglich erschien, möglich gemacht. Die amerikanischen Truppen werden nicht kommen, sie sind gekommen. (Lauter Beifall.) Die amerikanischen Truppen sind im Geheiß gewesen und sie haben den großen Erwartungen entsprochen.

Die Unterseebootgefahr besteht noch. Sie kann und wird vermutlich dem Volke dieses Landes Entbehnungen auferlegen, aber im Monat April war zum ersten Male die Produktion an Schiffen größer als die Schiffe, die versenkt worden sind. Es besteht also nach menschlicher Berechnung keine Aussicht, daß England so ausgehungert werden wird, daß es sich ergeben muß. Die Anzahl der Truppen, die bereits angekommen sind, die in diesem Monat zugekömmt sind, und die in den kommenden Monaten zuströmen werden, ist so groß, wie wir es vor einigen Monaten für unmöglich gehalten haben würden. (Beifall.) Das wird der entscheidende Faktor dieses ganzen Krieges sein.

Augenblicklich befinden wir uns in einer Pause des Kampfes aber ein neuer Stoß wird kommen, und wahrscheinlich wird er bald kommen. Es ist unmöglich, mit Sicherheit vorausszusagen, wo die Deutschen ihren nächsten Stoß anbringen werden. In den folgenden Monaten wird die Entscheidung in diesem großen Ringen fallen. Die Deutschen haben alles daran gesetzt, den Krieg zu gewinnen, bevor die Streitkräfte der Amerikaner in den Krieg eingreifen.

Schweden weist englische Gewerkschafts-Sendlinge aus.

Minister Chambers und Raiten Supper von dem Verband der Seeleute wollten nach einer erfolgreichen Konferenz in Kopenhagen am 13. Juni nach Schweden gehen, um mit den schwedischen Seeleuten über einen neuen internationalen Verband zu verhandeln. Bei ihrer Ankunft in Gothenburg wurden sie jedoch angewiesen, Schweden mit dem nächsten Zuge zu verlassen.

Verurteilung eines Friedensfreundes in Amerika.

Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ meldet aus Rockford in Illinois vom 13. Juni: Der vormalige Attache der amerikanischen Gesandtschaft in Bern, Allinson, der wegen pazifistischer Betätigung und offener Kritik an den Alliierten und Wilson abberufen war, wurde kürzlich in Chicago wegen Vergehens gegen das Ausruhrgesetz verhaftet und vom Kriegsgericht für schuldig befunden. Das Gericht erklärte sich für Freiheitsstrafe auf Lebenszeit. Das Urteil bedarf indessen noch der Zustimmung Wilsons.

Wird der Pariser Allinson nun den Pazifisten Allinson auf Lebenszeit ins Gefängnis schicken?

Die amerikanischen Kriegskredite.

Aus Washington wird gemeldet: Das Abgeordnetenh. hat 1762 Millionen Dollar für den Schiffsbau und 50 Millionen Dollar für den Kriegsfonds des Präsidenten Wilson bewilligt.

Peru und Chile beschlagnahmen deutsche Schiffe.

Aus Washington wird gemeldet: Peru und Chile sequerrieren deutsche Schiffe.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 19. Juni. (Amtlich.) Neue U-Bootsfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz, nach den Meldungen der aus See zurückgekehrten U-Boote, 13 000 Brutto-Registertonnen. Aus zwei Geleitzügen wurden an der Ostküste Englands die beiden größten Dampfer trotz starker Gegenwirkung der Bewachungsstreitkräfte abgehoht.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Zeitungsankauf der Vaterlandspartei.

Die „Danziger Zeitung“, die seit ihrer Gründung fortschrittliche Politik vertrat und unter Richters Leitung einige Bedeutung erreichte, ist nun auch von den „Vaterländischen“ unterworfen worden. Die Geschäftsanteile, die sich in den Händen des verstorbenen Buchdruckerbesitzers Kafemann befanden, sind durch Kauf in den Besitz der nationalliberalen Kommerzienräte Bengtli-Graudenz und Muscate-Dirschau übergegangen. Der Einfluß der neuen Gesellschafter macht sich schon bemerkbar. Die „Danziger Zeitung“ ist den Zielen der Vaterlandspartei freundlicher geworden.

Ernährungsfragen.

Landwirtschaft und Verbraucher.

„Gewiß ist im Kriege, zumal wenn der Feind ihn als Hungerungskrieg führt und demnach alles auf das Durchhalten des Volkes ankommt, das Verbraucherinteresse oben an liegend, und die Erzeugung hat dem zu dienen, und hat die Pflicht, alles zu leisten, was sie kann.“ Solche Worte hat man von der agrarischen Seite nicht oft gehört, und doch stehen sie jetzt in der „Deutschen Tageszeitung“. Es muß freilich hinzugefügt werden, daß ihnen ein sehr großes Ader folgt. „Es geht nicht mehr so weiter! Die Eingriffe in die Produktion sind so erdrückend, daß die Verzweiflung, besonders der kleinen Landwirte, auf der Höhe angekommen ist. Der Augenblick ist da, wo das den städtischen Verbraucherkreisen einmal gesagt werden muß, damit sie nicht eines Tages überrascht werden, wenn ihr System des rücksichtslosen „Erfassens und Verteilens“ an dem Ende angelangt ist, wo nichts mehr da ist.“ Und Hilfe in dieser Not sollte natürlich das System Kooperasi bringen. Und darauf läuft die ganze Geschichte hinaus. „Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt.“ geht uns das System Kooperasi, sonst breiten wir eines Tages.

Neben diesem Appell an die Verbraucher werden natürlich die üblichen und hinlänglich bekannten Klagen über die Angelegenheit, wie schlecht es den Landwirten und wie gut es den Verbrauchern geht. Ein marktlicher Pfarrer verweist sich in der „Wolfsburger Zeitung“ sogar zu der Behauptung, daß „die Lage der Selbstverlänger eine viel ungünstigere als die der Verbraucher ist, weil die ihm ursprünglich und mit Recht zugesprochenen größeren Mengen zum Verbrauch allmählich mehr und mehr gekürzt wurden.“ Daß den Verbrauchern die Mengen gleichfalls gekürzt wurden, daß ihnen jetzt nicht einmal Obst und Gemüse erreichbar sind, während der Selbstverlänger sich in dem Verbrauch dieser Nahrungsmittel gar keinen Zwang, keine Einschränkung aufzuerlegen braucht, das scheint der Herr Pfarrer zu vergessen.

Man kann sich als Eindruck nicht erwehren, daß diejenigen Kreise aus Landwirtschaft und Handel, die jetzt das Heil von der Freiheit in Produktion und Handel erwarten, von einer ganz kalten Voraussetzungen ausgehen. Der freie Handel ist nützlich und gut, wenn betrieblig viel Ware zur Verfügung steht. In solcher Zeit leben wir aber doch jetzt nicht, sondern wir haben mit einer

allgemeinen Anspannung zu rechnen. Alles was man über die Wiederehrlichmachung des Handels jetzt schreibt und rehet, ist falsch, denn die Nachfrage bleibt auch beim freien Handel größer als das Angebot, und die Ware geht natürlich dorthin, wo die höchsten Gebote darauf abgegeben werden, d. h. wir würden, wenn die Wünsche von Landwirtschaft und Handel in Erfüllung gehen, bald Preise haben, wie sie heute auf dem freien Markt in Prag bezahlt werden, wo ein Fund Butter nach deutschem Gelde 20 Mk., ein Pfund Mehl 4,50 Mk., ein Pfund Schweinefleisch 11 Mk. kosten.

Eine solche Entwicklung ist mit dem Verbraucherinteresse nicht in Einklang zu bringen. Das Aufgeben des jetzigen Systems, das trotz seiner Mängel uns wenigstens ein teilweises Durchkommen sichert, würde den Ruin bedeuten.

Aus Südböhmen und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 20. Juni.

Zwischen zwei Feuern.

Am Bahnhof. Ein Abendzug fährt ein. Menschen stehen da und warten. Die Fahrgäste kommen die Treppen herauf. Zuerst lauter lachende, junge Dinger, vielleicht ein Mädchenpensionat. Junge Damen ohne Hemmfäden. Wird wohl ein Ausflug gewesen sein. Dann stampfen Soldaten herauf. Unkrauter, gesunde und kranke, die einen mit der bleichen Farbe des Krankenzimmers, die anderen mit dem Braun der Sonne im Gesicht. Nun kommen Frauen, elende, schwächliche Gestalten. Die Not hat ihnen Furchen ins Gesicht getrafft. Mit halbgefüllten Rucksäcken kommen sie, vielleicht ein paar Pfund Kartoffeln drin. Die Glücklichen haben zwei Brote. Nun kommen „bessere“ Herrschaften. Einige Herren, zwei, drei Damen hinterher, hinter ihnen Dienstmädchen, die einen Koffer, eine Handtasche, eine Schachtel tragen. Was da drin ist? Weiß ich nicht, denke aber aus Hamikern.

Da oben gibts nun ein kleines Drängeln. Ein Pfiff schrillt. Der Zug rattert weiter. Die Schienen surren. Zwei Bäuerinnen, beladen mit schweren Tragkörben, drängen sich durch. Ein Herr und eine Dame eilen auf die eine Bauerin zu, begrüßen sie wie eine Verwandte und trippeln neben ihr dem Ausgang zu. Die andere Frau vom Lande will sich einen Augenblick verschaukeln. Da stehen schon zwei Damen neben ihr und reden in einem Jort auf die hiehere Landfrau ein. Mir wird das Zuhören peinlich. „Ich zahle heute viel mehr für Ihre alte Kundschafft!“ — „Bei mir können Sie übermachten, kein! Mir zahlen jeden Preis!“

Und so geht es fort, einmal ein Angebot von hüben, dann wieder eins von drüben. Der Bauerin wird schließlich warm dabei. Da fährt ein Zug ein. Die beiden Damen eilen einem Herrn entgegen, sehen sich dabei aber nach ihrer Bäuerin um. Die müßt den günstigen Augenblick und trabt dem Ausgang zu. Dabei sehe ich zum erstenmal im Leben, wie feine Damen lange Gesichter machen.

Die Frühkartoffeln

Sind seit heute plötzlich aus den hiesigen Gemüseläden verschwunden, wo man sie in den letzten Wochen in jeder Menge kaufen konnte. Und warum werden jetzt die Frühkartoffeln unjohbar, obwohl sie mit der fortschreitenden Jahreszeit eigentlich reichlicher auf dem Markt erscheinen müßten? Vom 20. Juni ab gilt ein Höchstpreis von 30 Pfennig pro Pfund und dafür wollen diejenigen Kartoffelzüchter, die bisher aus Gewinnlust ihre Ware zu Wucherpreisen abgaben, sie nicht verkaufen, sondern lassen sie lieber in der Erde. Man braucht sich über diese Erscheinung allerdings nicht zu wundern, denn sie ist ein Charakteristikum unserer angeblich so großen Zeit des Hungers und der Profiten.

Die Geldbeschafflinge mahnen sich jetzt wieder in sehr bedenklicher Weise. So sind in Kleingärten auf Markt in den letzten Nächten Kürzeln, Erdbeeren und Erbsen entwendet, die noch nicht einmal halbtief reif wären. Mit viel Mühe und nicht geringen Kosten haben die Kleingartenpächter ihr Stückchen Land bebaut und nun, da sie hoffen, die Früchte ihres Fleißes ernten zu können, werden sie ihnen von dreifachen Dieben gestohlen. Dabei werden obendrein noch andere Gemüse von den ungebildeten Gärtner zertreten und beschädigt. Die allgemeine Not verketzt viele Leute zu Unthoren Handlungen und Hunger tut weh, wie jetzt gewiß mancher Mensch aus eigener Erfahrung weiß, der das früher nicht recht glauben wollte. Bei den erwähnten Geldbeschafflingen sind aber die Betroffenen selbst kleine Leute, denen es gegenwärtig besonders schwer fällt, sich durchzuschlagen. Ihnen ihr Wischen zu nehmen ist ein doppelt großes Unrecht.

Rechtsschäden im Abzahlungshandel während der Kriegszeit.

Von einem Richter.

Schon in Friedenszeiten waren erhebliche Schwierigkeiten in den Fällen aufgetreten, in denen Abzahlungskäufer auf die Kaufpreise bereits zahlte Raten geleistet, und mit einer oder zwei Raten im Rückstande blieben.

Die Abzahlungsverkäufer forderten dann die Abzahlenden zurück, an denen sie das Eigentum bis zur Vollzahlung des ganzen Preises sich vorbehalten hatten.

Der § 2 des Abzahlungsgesetzes schreibt zwar für solche Fälle vor, daß der Verkäufer von den bereits gezahlten Ratenbeträgen nur soviel nicht zurückzugeben haben, als sie im Falle einer Verrentierung der Sachen an üblichem Mietzins und für Wertminderung infolge Abnutzung der Sachen berechnet hätten. Es fehlt aber an einem sicheren Maßstab für die Berechnung jenes Mietzinses und für die Abschätzung jener Abnutzung. Und so kam es fast immer, daß der Abzahlungsverkäufer die Sachen zurückempfing, und meist jämmtliche gezahlten Ratenbeträge behielt.

Dieses Verfahren wird nun auch jetzt, in der Kriegszeit, von vielen Abzahlungsverkäufern beibehalten, wiewohl gegenwärtig der Wert gebrauchter Sachen bis zu 200 Prozent nach dem Gutachten der Sachverständigen sich erhöht hat.

Daß jenes Verfahren zu den größten Unbilligkeiten, besonders für wirtschaftlich schwache Kreise führt, ist klar; es ist aber auch für die weitaus größte Zahl der Abzahlungsverkäufe, nämlich für die Abzahlungskäufe von Möbeln, rechtlich vollständig unbegründet.

Für Möbel bestehen zur Zeit keine Höchstpreise. Die Abzahlungsverkäufer nehmen aber an, daß sie durch § 5 der Bekanntmachung vom 23. März 1916 gehindert sind, die durch den Krieg sich ergebende Wertsteigerung aller Sachen sich dienstbar zu machen; sie behaupten deshalb den Abzahlungskäufern gegenüber, sie könnten zurückgenommene alte Sachen nur zu Friedenspreisen weiterverkaufen; sie bewerten jene somit nur gering und verrechnen daher auch jetzt noch regelmäßig die gezahlten Raten auf Miete und Abnutzung.

Mein der § 5 der Bekanntmachung vom 23. August 1916 verzichtet nur diejenige Berechnung höherer Preise, die unter Berücksichtigung der Gesamtverhältnisse einen übermäßigen Gewinn enthalten.

Der amtliche Kriegsbericht.

RTS. Großes Hauptquartier, 20. Juni. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsjahresbericht.
Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Jetzt an der ganzen Front nahm die Tätigkeit des Feindes am Abend zu. Das Artillerief Feuer lebte auf. Starke Infanterieabteilungen stehen in zahlreichen Abschnitten gegen unsere Linie vor; sie wurden abgewiesen.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Erneute Versuche des Feindes, nordwestlich von Chateau-Thierry über den Eligon-Abchnitt vorzudringen, scheiterten in unserem Feuer. An der übrigen Front blieb die Gefechtsaktivität in mäßigen Grenzen.

Seeresgruppe Gallwitz.
Südwestlich von Ornes wurden nördliche Vorstöße des Feindes abgewiesen. Zwischen Maas und Mosel drängen eigene Sturmtruppen tief in die amerikanischen Stellungen bei Seimprey und fügten dem Feinde schwere Verluste zu.

Hauptm. Berthold errang seinen 36. Luftpilg.
Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

tlagien Abzahlungskäufer müssen vielmehr in dem auf die Klage ihrer Verkäufer anberaumten Verhandlungstermin erscheinen und die Rückzahlung der von ihnen bereits entrichteten Preistraten der Vorchrift des § 2 entsprechend beantragen. Nur zu oft wird dies aber von den verklagten Käufern unterlassen, und es ergeht deshalb einfach ein Verdamnisurteil nach dem Antrag des klagenden Verkäufers. Dies Verhalten der Käufer geschieht, teils aus einem geringen Stunden- oder Geschäftsbüchlein nicht einzuführen, der mit der Wahrnehmung des gerichtlichen Termins verbunden, teils aus Rechtsunkenntnis.

Wahrlich, eine sehr schlecht angebrachte Sparjamkeit, und eine sich sehr schwer rächende Rechtsunkenntnis! (Berl. Hof-Anz.)

wo. Einen bunten Vortragabend veranstaltete am Mittwochabend der aus russischer Kriegsgefangenschaft in die Heimat zurückgekehrte Schauspielers Oskar Grasmann im Maximalaal des Stadttheaters. Grasmann hatte viele Besucher angelockt, die wohl alle mehr oder weniger auf ihre Kosten kamen. Der Künstler las eigene und fremde Dichtungen vor. Besonders merkwürdig gelang ihm die Interpretation der Pflügernovelle von K. Heuer, einer Erzählung „Die roten Perlen“ von Hegeler und einer Humoreske „Der Mär“, von demselben Schriftsteller. Die Ballade von Märschhausen, „Der Todespieler“ machte Eindruck. Bräutigam Erzählung von der Kaltwasserheilanstalt von Fritz Kenter las Grasmann jedoch mehr hochdeutsch als platt. Als eigene — im russischen Gefangenschaft — Arbeit kam „Der Sang der Liebe“, ein Gedicht à la Ribbamus, zu Gehör. Der Schluß bildete Bierkaums Humoreske „Der mutige Reiterföhrer“, die aber viel zu häufig und überfüllt gelesen wurde. Wenn auch die Modulationsfähigkeit des Stimorgans allen Anforderungen genügt, so hätte der Künstler sich doch etwas mehrern müssen. Mitunter klang seine Regitation recht grell und unklar.

Warum sind die Erdbeeren jetzt so unerschwinglich teuer? Es gibt viele Leute, welche der Ansicht sind, daß sie nur deshalb so teuer sind, um sie auf diese Weise den Befestigten vorzubehalten, denn die meisten Arbeiter können sie sich nicht leisten trotz des Anmentos über ihre angeblich so hohen Löhne. Vor wenigen Tagen, als die Erdbeeren noch knapper waren, galt für sie der gewöhnlich geringe Höchstpreis von 1,20 Mk. pro Pfund. Nun ist er auf 1,80 Mk. erhöht worden. Die Verteilung der Früchte in verschiedenen Klassen erregt nur Mädeln, wenn sie auch tatsächlich gemein berechtigt sein mag, tatsächlich kann man aber immer nur Erdbeeren erster Sorte, d. h. zum höchsten Preise erhalten. Zur Begründung dieser völlig unverständlichen Höchstpreisfestsetzung wird wahrscheinlich angeführt werden, daß die Erdbeeren jetzt nach auswärts gehen. Unter den gegebenen Verhältnissen haben die minderbemittelten Volkskreise kaum ein Interesse daran, daß sie hier bleiben, denn sie können sie ja doch nur ansehen, während andere sie essen.

Vorsicht! Vor einigen Tagen hat eine Berliner Firma in der hiesigen Presse einen größeren Posten Glanzstärke, garantiert reine Reichstärke, zum Preise von 13,50 Mk. das Pfund angeboten. Besteller erhielten die gedruckte Nachricht, daß die Ware nur gegen Vorweisung des Betrags verhandelt werde. Die Centralstelle zur Bekämpfung der Scheinbetrug, die sich mit der betreffenden Firma befaßt, rat zur größten Zurückhaltung den Angehörigen gegenüber und ermahnt, ihr sachdienliches Material baldmöglichst zugänglich zu machen.

Genehmigung von Ersatzlebensmitteln. Nach der Bundesratsverordnung über die Genehmigung von Ersatzlebensmitteln vom 7. März 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 113), dürfen die am 1. Juli 1918 bereits im Verkehr befindlichen Ersatzlebensmittel vom 1. Juli 1918 ab nur noch im Verkehr bleiben, wenn sie vor der zuständigen Ersatzmittelstelle genehmigt waren. Diese Frist ist durch die Bekanntmachung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes über Ausnahmen von der Verordnung über die Genehmigung von Ersatzlebensmitteln vom 14. Juni 1918 bis zum 1. Oktober 1918 erwidert worden.

Der Ludendorff-Streife wurden weiter überwiesen vom Gewerkschafts-Kartell: Arbeiter der Rübelfabrik 60,50 Mk., Kondensmilch- und Arbeiter der Firma M. Dorschl 62,50 Mk., Arbeiter der Südböhmischen Vereinbrauerei 18 Mk., Arbeiter der Brauerei „Eck“ 50 Mk., Sagerarbeiter und Arbeiterinnen vom Konsumverein 11 Mk., Laternenwärter 34 Mk., Arbeiter der Bauernschaft (Abteilung Wasserbau und Kanalverwaltung) 235 Mk., Arbeiter des Granit-Werkes Bietner u. Bruhn 65,15 Mk., Frau Eriering, Peterflickstraße, 4 Mk.

ph. Angetriebene weibliche Leiche. Aus der Traue unterhalb der Hühnergrube wurde gestern Abend die Leiche einer unbekanntens weiblichen Person gefunden. Die Verstorbene, die wahrscheinlich Jüngerin sein dürfte, ist ungefähr 1,55 Meter groß. Sie trug schwarze weisse Bluse, einen Rock mit Blumenmuster, blaue gestreifte Schürze, einen wollenen und einen blauen Unterrock, schwarze Strümpfe und ein buntes Schalk. In den Ohren befanden sich silberne Kugelohrringe und an dem Ringfinger der rechten Hand einen schmalen Ringerring. Das schwarze Haar der Verstorbenen war abgehauen und wurde als Titulopf getragen. Person, die in der Lage sind, Auskunft über die Verstorbene zu geben, werden ersucht, sich in dem Bureau der Kriminalpolizei, Schülterstraße 16, zu melden.

ph. Entwendete Kofimijade. Von dem Juranden im Vorraum des städtischen Kurpales in Transmünde ist eine blaue seidene Kofimijade, mit gelbem heller Seide gefüllt, abhandeln gekommen und vermutlich gestohlen.

ph. Wäschebühel. In der Nacht zum 18. ds. Mts. sind von einem Grundstück in Kronsfelde diverse zum Waschen eingeweihte Wäsche, wie Tisch-, Bett- und Leibwäsche, sowie Gardinen und Strümpfe usw. gestohlen. Die Wäsche war gezeichnet mit den Buchstaben W. S., G. M., M. M., K. M., E. B. und E. D.

ph. Diebstahl und Schlerei. Festgenommen wurde ein Werkführer eines hiesigen Betriebes, der seinem Arbeitgeber Gewürze im Werte von mehreren tausend Mark gestohlen und diese an einen hiesigen Kaufmann verkauft hatte. Letzterer, der sich wegen Schlerei zu verantworten haben dürfte, wurde ebenfalls festgenommen.

Schönberg i. S. Letzte und große Stehle. Kommt da ein Händler nach einem hiesigen Orte mit Besenstiele auf einem Wagen und bietet diese in plattdeutscher Sprache an: „Lätze Stehle, grote Stehle am weissen.“ Ein Hiler der Ordnung hört die Kunde und nimmt sich den Mann vor. Der erklärt aber, er habe keine und große Stehle, und man vor den großen am weissen: „Bitte zählen Sie nach.“ Der Händler munkte mit zur Wache, wo seine Angabe bestätigt werden mußte. Nun konnte er weiter rufen: „Lätze Stehle, grote Stehle am weissen.“

Samburg. Die Bürgerschaft bewilligte Mittwoch wieder 20 Millionen für Kriegsausgaben. Von einem Mitgliede der Finanzdeputation wurde erklärt, daß zur Deckung einer Erhöhung der Einkommensteuer vorgenommen werden sollte. Von einem Redner wurde zur Sprache gebracht, daß trotz der Nachbarschaft des in reichem Maße Obst und Gemüse produzierenden Landgebiets wenig Gemüse und Obst auf dem Hamburger Markt komme. Krause, Mitglied des Kriegsverorgungsamts, legte eingehend die Schwierigkeiten dar, die sich dem Bewußten des Amtes, die Ware nach Hamburg zu ziehen, entgegenstellen, insbesondere durch die Maßnahmen Berlins sowie des Königreichs und der Provinz Sachsen, die durch Gewährung höherer Preise die Waren von hier wegziehen. Ein Auswandererbot sei nicht zu empfehlen, da preussische und mecklenburgische Gebiete, auf deren Erzeugnisse wir angewiesen seien, mit einem gleichen Verbot antworten würden. Genosse Hüßler sprach den Wunsch aus, daß für arbeitende Kriegerfrauen die Summe des Verdienstes, der auf die Unterstützung nicht anzurechnen sei, auf 100 Mark im Monat festgesetzt werde, statt wie der Senat bestimmt habe, auf 80 Mk. Dann wurde die Forderung des Senats bewilligt, wodurch sich die bisher für Kriegsausgaben bereitgestellten Mittel auf 405 Millionen Mk. erhöhen. Nach der der Bürgerschaft vorgelegten Staatshaushaltsabrechnung für 1916 beläuft sich der Nachtrag dieses Jahres endgültig auf 114,8 Millionen Mark, der nebst dem Zuschlag des Rückstandsanteils von 1,5 Millionen vorläufig durch Anleihen gedeckt werden soll. Nach Annahme einer Reihe von Vorlagen ohne größere Debatte wurde der Senatsantrag betr. Erhöhung der Katgebühren angenommen mit der Maßgabe, daß die Gültigkeit des Gesetzes ausdrücklich auf die Dauer des Krieges beschränkt und festgesetzt, daß der Zeitpunkt, mit dem der Krieg als beendet anzusehen ist, durch den Senat bestimmt werden soll. Eine längere Erörterung rief der Antrag Kod und Gen. auf Niederlegung eines Ausschusses zur Prüfung der Frage der Vereinfachung des Beamtenkörpers usw. hervor. — Handgranaten gegen einen Hamburger D-Zug. In der Nähe des Bahnhofs hielten in Westfalen wurde der Hamburger D-Zug mit Handgranaten beworfen. Der Zug hielt sofort, die Verbrecher sind jedoch entkommen.

Altona. Senatormahl. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion und die Vorstände der Sozialdemokratischen Ortsvereine in Altona und Otendorf haben beschlossen, der demnächst stattfindenden Mitgliederversammlung die Beteiligung an der am 2. Juli vorzunehmenden Wahl eines beidseitigen Senats zu empfehlen. Für die Stelle eines unbeforderten Senats sollen die Genossen Thomsen, Siemers und Kürbis der Präsektionskommission in Voranschlag gebracht werden.

Malchin. Eisenbahnverrenten o. d. Auf dem Bahnhof Meerb kam eine Hilfsbremserin, welche auf den bereit in Bewegung befindlichen Güterzug aufsteigen wollte, zu Fall und geriet unter den Zug. Sie wurde überfahren und getötet.

Stavenhagen. 100000 Mark unterschlagen. Vor der Strafkammer des Landgerichts zu Güstrow fand die Verhandlung gegen den Rentmeister Emil Koch in Baidow, zurzeit in Untersuchungshaft, wegen Untreue statt. Der Angeklagte ist seit 1904 Rentmeister der Pflanzschaft des Saldower-Blecker Fibelkommisses in Baidow gewesen und hatte u. a. die Fortstafte dieser Pflanzschaft zu führen. Es wurde ihm zur Last gelegt, nach und nach aus der Kasse über 100000 Mark unterschlagen zu haben. Der Angeklagte gab in der Hauptverhandlung zu, rund 20000 Mark an die Grafen Friedrich Franz und Nikolaus Hahn gegeben zu haben, trotzdem er wußte, daß er das nicht durfte. 15000 Mark will er für sich verbraucht haben. Neben dem Verbleib der übrigen etwa 85000 Mark wollte er keine Aufklärung geben können. Auf Rechnungsfehler kann das Fehlen dieser Summe nicht zurückgeführt werden. Der Angeklagte und seine Familie haben sich in seiner Kasse befunden. Vor wurde wegen Untreue und Untreue in eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren verurteilt, wovon zwei Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet werden. Ebenso hat er die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Für unsere Feldgrauen.

Herabsetzung militärischer Mindeststrafen.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag den Antrag gestellt, in den Fällen, in denen das Militärstrafgesetz nur strengen Arrest zuläßt, auch eine mildere Straftat zuzulassen. Das Plenum stimmte dem Antrag zu und das Kriegsministerium hat jetzt dem Reichstag eine Vorlage unterbreitet, die diesem Beschluß Rechnung trägt. Es handelt sich dabei um folgende Reate: Achtungsverletzung vor verammelter Mannschaft, unter dem Gewehr oder durch Drohung; Ungehorsam, durch den ein erheblicher Nachteil verursacht wird; ausdrückliche Gehoramsverweigerung vor verammelter Mannschaft; Aufforderung oder Anreizung zur Gehoramsverweigerung; Achtungsverletzung und Gehoramsverweigerung gegen eine militärische Wache und Gehoramsverweigerung von Perlonen des Beurlaubtenwesens. In allen diesen Fällen mußte auf mindestens 14 Tage strengen Arrest erkannt werden, auch wenn das Vergehen noch lo entschuldbar sich darstellte. Diese Härte erfährt nun eine Milderung dadurch, daß statt auf strengen Arrest auch auf milderen Arrest erkannt werden kann. Wellecht gelingt es, auch noch eine Herabsetzung der untersten Strafgrenze von 14 Tagen zu erreichen. Immerhin werden künftig eine Menge Soldaten vor dem strengen Arrest bewahrt bleiben, und das ist ein Erfolg, den die Sozialdemokratie für sich machen kann.

Active Unteroffiziere als Feldwebelkandidaten.

Bisher konnten nur solche Unteroffiziere Feldwebelkandidaten werden, die nicht mehr aktiv waren und sich in geordneten Verhältnissen und in einer entsprechenden bürgerlichen Lebensstellung befanden. Diese Bestimmungen sind jetzt dahin geändert worden, daß auch Unteroffiziere des Friedensstandes mit einer aktiven Dienstzeit von 12 und mehr Jahren zu Feldwebelkandidaten befördert werden können, wenn sie Offizier-Stellvertreter sind, als solche bewährt haben, ferner sich in geordneten Verhältnissen befinden und ihrer Persönlichkeit nach die höhere Gewähr bieten, eine entsprechende bürgerliche Lebensstellung zu erringen. Mit einer entsprechenden bürgerlichen Lebensstellung überden diese Unteroffiziere aus dem Friedensstand aus und treten zur Reserve über. Sie können nach der Demobilisierung ihres Truppenteils, auf Antrag, im Dienst belassen werden, bis sie eine Zwischenstellung gefunden haben, längstens jedoch bis zu einem Jahr. In diesem Falle werden sie in offizien Leutnantsstellen verwendet, soweit ihnen nicht Verjüngungsurlaub erteilt worden ist.

Ein Jahr nach Friedensschluss wird also der letzte Feldwebelkandidat aus der Armee ausgeschieden sein. Besser wäre es gewesen, diese Einrichtung auch im Frieden beizubehalten; im Kriegsleben haben sich die Feldwebelkandidaten schon vermög ihrer dienstlichen Erfahrungen ganz gut bewährt. Natürlich müßte darauf gedrungen werden, daß sie den andern Offizieren in jeder Hinsicht gleichgestellt würden.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Südböhmen und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schönd. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Südb.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichsausschusses, betreffend die Abgabe von Ausweisen zum Bezuge von Lebensmitteln, vom 18. April 1918 wird hiermit angeordnet:

Für die Stadt Lübeck und deren Vorstädte, **Freischloß, Gohmünd, Borwerk und Krempeisdorf** werden die Lebensmittelkartenhefte und die Fleischkarten für die Zeit vom 1. Juli bis 1. September 1918 und die Seifenkarten für die Zeit vom 1. August 1918 bis zum 31. Januar 1919 nicht zusammen mit den Vorkarten, sondern am 22., 24., 25., 26., 28. und 29. Juni d. J. gesondert in der Börse von morgens 8 Uhr bis mittags 12 Uhr und nachmittags von 2 1/2 Uhr bis abends 8 Uhr ausgegeben.

Die Tage, die für die bezirksweise geordneten Straßen in Frage kommen, sind aus der am Schlusse dieser Bekanntmachung folgenden Aufstellung ersichtlich.

Bei der Abholung der Hefte und Karten sind die „Ausweise zum Bezuge von Lebensmitteln“ vorzulegen; ohne Vorlage dieser Ausweise erfolgt die Aushändigung der Hefte und Karten nicht.

Die laufenden Lebensmittelkartenhefte, die Fleischkarten und Seifenkarten sind mitzubringen und auf Erfordern vorzuzeigen. Die Anforderung der Hefte und Karten hat durch den Haushaltungsvorstand selbst oder einen zuverlässigen Beauftragten zu geschehen; Kinder unter 12 Jahren dürfen keinesfalls geschickt werden.

Um eine glatte Abfertigung zu ermöglichen, wird ersucht, die Abholung der Hefte und Karten in den Morgenstunden zu bewirken und auf die über den Tischen angebrachten Bezirksnummern zu achten.

Ueber die Ausgabe der Lebensmittelkartenhefte, der Fleischkarten und der Seifenkarten in Travemünde, Schlutup, Rüditz, Herrenhof, Stems-Dänischburg, Moisling und Genin sowie in den Landgemeinden ergeht besondere Bekanntmachung. Im einzelnen ist zu beachten.

I. Lebensmittelkartenhefte.

Die Anmeldung des Bezugsrechtes für Butter und sonstige Speisefette, Zucker, Mühlenfabrikate, Aufstreichmittel und Kaffee-Ertrag hat bei einem zugelassenen Kleinhändler in der Zeit vom 26. Juni bis 1. Juli 1918 zu erfolgen.

In dieser Veranlassung wird noch besonders auf die Bekanntmachung des Polizeiamtes vom 8. Dezember 1917, betreffend Lebensmittelkartenhefte, hingewiesen, nach welcher Nachlässigkeiten in der Behandlung der Lebensmittelkartenhefte, wie sie bisher vorgekommen sind, vermieden werden müssen, um nicht einer mißbräuchlichen Verwendung der Lebensmittelkartenhefte Vorwand zu leisten. Nach der oben erwähnten Bekanntmachung des Polizeiamtes haben die Kleinhändler in erster Linie auf die ordnungsgemäße Ausfüllung der Karten zu achten und auch selber die vorgeschriebene Eintragung in das Heft vorzunehmen; sie haben insbesondere bei der Anmeldung des Bezugsrechtes jedes nicht ordnungsgemäß ausgefüllte Heft zurückzugeben.

Nach Ablauf der Anmeldefrist dürfen Anmeldungen nicht mehr entgegengenommen werden. Als zugelassene Kleinhändler gelten alle diejenigen Kleinhändler, welche bisher eine Kundenliste aufgestellt haben, sofern sie nicht inzwischen durch Anordnung des Polizeiamtes vom Handel ausgeschlossen sind oder ihnen auf Anordnung der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle die Weiterführung der Kundenliste untersagt ist.

Die für den Bezug von Mühlenfabrikaten und Aufstreichmitteln bei einem Großhändler eingegangene Verpflichtung der Kleinhändler läuft vorläufig unverändert weiter. Der Kreis der an der Verteilung dieser Waren beteiligten Großhändler bleibt auf die bisher teilnehmenden Firmen beschränkt.

Personen, welche in der vorgeschriebenen Ausgabeform das Lebensmittelkartenheft nicht abgeholt oder die rechtzeitige Anmeldung des Bezugsrechtes veräußert haben, erhalten in der Zentrale, Königstraße 69 — in letzterem Falle gegen Rückgabe des Lebensmittelkartenheftes — die gleiche Lebensmittelkarte, welche für sie in der Zentrale, Königstraße 69, ausgegeben wird. Sie haben für den entsprechenden Zeitraum die Waren an den besonders auf der Karte vermerkten Ausgabestellen zu entnehmen.

Von den Kleinhändlern sind alle Abschnitte für die Anmeldung des Bezugsrechtes und die Abschnitte, auf welche Waren abgegeben worden sind, nicht mehr los, sondern nach Arten getrennt, auf Klebebogen angeklebt, an die zuständigen Geschäftsstellen unter Beachtung der bestehenden oder der noch zu erlassenden Vorschriften einzureichen.

Die Klebebogen werden zum Preise von 1 Bfg. für das Stück in der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18 II, abgegeben.

Die Kontraktabschnitte für die Anmeldung des Bezugsrechtes für Butter und Speisefett sowie für alle anderen Waren sind bis zum 1. bis 3. Juli 1918, mittags, aufgelegt von den Kleinhändlern abzuliefern:

- für Butter und Speisefett: Breite Straße 65, Zimmer 4, für Zucker: Breite Straße 65, Zimmer 5, für Mühlenfabrikate, Aufstreichmittel und Kaffee-Ertrag in der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18 II.

Fettlieferanten und Milchlieferanten, welche von Meiereien oder anderen Fettzeugern Butter erhalten, dürfen für sich und für die von ihnen mit Butter zu versorgenden Personen Butter oder sonstiges Speisefett auf die Bezugskarte für Butter oder sonstiges Speisefett, soweit solche aus dem Heft nicht schon entnommen ist, nicht entnehmen. Das gleiche gilt für die Personen, welche von Selbstverorgern oder Milchlieferanten mit Butter oder sonstigem Speisefett versorgt werden. Alle Bezugskarten, auf die Butter oder sonstiges Speisefett nicht entnommen werden dürfen, sind von den Inhabern spätestens bis zum 30. Juli 1918 in der Stadt an die Geschäftsstelle des Polizeiamtes, Breite Straße 65, Zimmer 4, in dem Eingemeindungsgebiet und im Landgebiete an die zuständigen Polizeibehörden zurückzugeben. Selbstverorgern mit Mühlenfabrikaten und Aufstreichmitteln haben die entsprechenden Bezugskarten für sich und die von ihnen zu versorgenden Personen, sowie die Karten aus den Seifenkartenheften, nicht mehr los, sondern bis zum 30. Juli 1918 an die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18 II, zurückzugeben. Alle vorgenannten Selbstverorgern dürfen sich zum Bezuge derjenigen Lebensmittel, mit denen sie sich selbst versorgen, bei einem Kleinhändler nicht anmelden.

II. Fleischkarten.

Die Fleischkarten umfassen in zwei Abschnitten von je vier Wochen den Zeitraum vom 1. Juli bis 1. September 1918.

Alle Kinder erhalten bis zum Bestehen des Kalenderjahres, in dem sie das letzte Lebensjahr vollenden, nur die Hälfte der festgesetzten Wochenmenge (Kinderanteile); dies gilt also für die Kinder, die geboren sind in den Jahren 1913, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918. Die Zuschaltung dieser Bestimmungen wird nachgeprüft werden und in daher genau zu beachten.

Fleischlieferanten erhalten keine Fleischkarten; sie haben die wegen der Abschaffung ihrer Versorgung an die Geschäftsstelle des Polizeiamtes, Breite Straße 65, I, zu wenden.

Die den Fleischkarten angehängten Bescheidabschnitte sind zu den an ihnen vermerkten Bezugsstellen (deutlich lesbar ausgefüllt) demjenigen Schlächter einzureichen, der reichliches Fleisch und Fleischwaren annehmen werden sollen. Die Fleischkarte selbst ist ebenfalls dem Schlächter gemäß von dem Inhaber oder dessen gesetzlichen Vertreter abzugeben.

III. Seifenarten.

Die neuen Seifenarten umfassen den Zeitraum von August 1918 bis Januar 1919.

Seifenarten erhalten sämtliche Personen, welche unter die allgemeine Versorgung fallen.

- 1. Für Kinder im Alter bis zu 18 Monaten je 1 Zusatz-Seifenkarte. Die Anträge auf Ausstellung von Zusatz-Seifenkarten für Kinder bis zu 18 Monaten sind in der „Zentrale für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen“, Königstraße 69, zu stellen.
- 2. Für Ärzte, Personen, die berufsmäßig mit Krankheitskranken arbeiten, Zahnärzte, Tierärzte, Zahntechniker, Hebammen und Krankenpfleger, ferner für mit ansteckender Krankheit behaftete Personen nach entsprechender Bescheinigung des Arztes, endlich für Krankenhäuser auf die nach dem Jahresabschlusse berechnete Kopfzahl der verpflegten Kranken bis zu 4 Zusatz-Seifenarten. Die diesbezüglichen Anträge sind bei der Geschäftsstelle, Mengstraße 4, I, schriftlich zu stellen.
- 3. Für in gewerblichen Betrieben vor dem Feuer oder mit Kohlenbewegung ständig beschäftigten Arbeiter und für Schornsteinfeger bis zu 2 Zusatz-Seifenarten. Die Anträge sind ebenfalls schriftlich bei der Geschäftsstelle, Mengstraße 4, I, zu stellen.

Lübeck, den 19. Juni 1918. (2909)

Das Polizeiamt.

Abholungsstermine.

Am Sonnabend, dem 22. Juni 1918 für

- Bezirk 1: Breite Straße, Pfaffenstraße.
- Bezirk 2: Lederstraße, Marienkirchhof, Weiter Krambuden, Enger Krambuden, Markt, Marktwiese, Kohlmarkt, Holstenstraße.
- Bezirk 3: Mühlenbrücke, I. Wallstraße, II. Wallstraße, Am Wall, Musterbahn, Mühlenstraße, Mühlenbuden, III. Wallstraße.
- Bezirk 4: Dornkirchhof, Gr. Bauhof, Al. Bauhof, Hartengrube.
- Bezirk 5: Dankwartsgrube.
- Bezirk 6: Depenan, Düstere Querstraße, Esfangrube.
- Bezirk 7: Fischstraße, Krumme Querstraße, Einhäuschen-Querstraße, Braunstraße, Mitterstraße.
- Bezirk 8: Parade, Kapitelstraße, Pferdemarkt, Fegesener, Klingenberg, Marlesgrube, Gr. Petersgrube, Al. Petersgrube, Hinter St. Petri, Petrifirchhof.
- Bezirk 9: An der Obertrave, Schmiedestraße, Koll, Lichte Querstraße, Kleiner Kiebau, Bagörniestraße.
- Bezirk 10: Mengstraße, Gerade Querstraße, Siebente Querstraße, Fünfhäuser, Schüsselbuden, Blockesstraße.
- Bezirk 11: Untertrave, Ellerbrook, Böttcherstraße, Altemenswiese.
- Bezirk 12: Fährgrube, Gr. Kiebau.
- Bezirk 13: Gr. Altefähre, Al. Altefähre, Alshöhe, Peterfilienstraße, Konstinstraße, Konstinplatz, Hafenstraße.

Am Montag, dem 24. Juni 1918 für

- Bezirk 14: Bedergrube, Kupferschmiedestraße.
- Bezirk 15: Schwandenerquerstraße, Engelswisch.
- Bezirk 16: Engelsgrube.
- Bezirk 17: Megdienkirchhof, Megdienstraße, St. Annenstraße, Salauerföhr, Düvelenstraße.
- Bezirk 18: Geibelplatz, Gr. Burgstraße, Al. Burgstraße, Jakobikirchhof, Kaiserstraße, Hinter der Burg, Burgtreppe.
- Bezirk 19: Glodengieserstraße.
- Bezirk 20: Hundestraße.
- Bezirk 21: Gr. Gröpelgrube, Al. Gröpelgrube, Gerberstraße, Kanalstraße.
- Bezirk 22: Königstraße.
- Bezirk 23: Rosenpforte, Rosengarten, Lüntehagen, Bei St. Johannis.
- Bezirk 24: Johannesstraße.
- Bezirk 25: Fleischbauerstraße.
- Bezirk 26: Hürlstraße, Hürlerdamm.

Am Dienstag, dem 25. Juni 1918 für

- Bezirk 27: An der Mauer, Krähenstraße.
- Bezirk 28: Langer Lohberg, Weiter Lohberg.
- Bezirk 29: Bahmstraße, Sandstraße.
- Bezirk 30: Schulumacherstraße, Weberstraße, Stavenstraße, Schildstraße, Alter Schranzen, Kleiner Schranzen.
- Bezirk 31: Wakenismauer, Steinstraße, Rosenstraße.
- Bezirk 32: Hürltor-Allee, Kalendstraße, Klosterstraße, Bismarckstraße, Schillerstraße, Antonistraße, Spillerstraße.
- Bezirk 33: Hühnerstraße, Zandstraße, Fichtenstraße.
- Bezirk 34: Augustenstraße, Mollstraße, Wittelsbacherstraße, Wettinerstraße, Mollsteplatz.
- Bezirk 35: Bleicherstraße, Reiberstieg, Blandstraße, Dorotheenstraße.
- Bezirk 36: Falkenstraße, Belzerstraße, Wakenisküfer, Falkenplatz.
- Bezirk 37: Tranelmannstraße, Percevalstraße.
- Bezirk 38: Korferstraße, Abendornstraße, Falkenwiese.
- Bezirk 39: Kollhöfenstraße, Strohtatenstraße, Pegelaustraße, Hahelandstraße, Wakenstraße.

Am Mittwoch, dem 26. Juni 1918 für

- Bezirk 40: Am Brink, Söderstraße, Rakeburger Allee, Spieringshof, Raminberg, Rönthorweg, I. Hüderbuden, Gärtnergasse, Bei der Wasserfontäne, Stadtweide, Kaskaden-Allee, Wasserweg, Finkenkampsweg, Weberkoppel, Weinbergstraße, Petersstraße.
- Bezirk 41: Eismühlstraße, Biefelstraße, Klosterhof.
- Bezirk 42: Kollhöfenstraße, Hürlstraße, Borrader Straße, Feldstraße, Friederichstraße, Weidenweg, Dorfstraße.
- Bezirk 43: Friedrich-Wilhelmplatz, Friedrich-Wilhelmstraße, Goethestraße, Lehmannstraße, Gartenstraße, Hummelstraße, Brauerstraße, Trebelauerstraße, Weststraße.

- Bezirk 54: Kreuzstraße, Herberplatz, Herberstraße, Dornbeekstraße, Körnerstraße, Klaus-Grothstraße, Hahlandstraße.
- Bezirk 55: Geniner Straße, Geniner Ufer, Viktoriastraße, St. Jürgenting, Brömbenstraße, Charlottenstraße, Sophienstraße, Kastorstraße.
- Bezirk 57: Moislinger Allee, Seitenstraße.
- Bezirk 61: Finkenstraße, Finkenberg, Wieshandstraße, Sachsenweg-Allee.
- Bezirk 63: Dornestraße, Krausestraße, Selenenstraße, Engelkenstraße, Georgstraße.
- Bezirk 64: Köpferweg, Margaretenstraße, Briesstraße, Mühlgraben.
- Bezirk 66: Mittelstraße, Koppeltstraße, Emilienstraße, Brüderstraße.
- Bezirk 69: Lützenstraße, Nelkenstraße, Fliederstraße, Mathiesenstraße.

Am Donnerstag, dem 27. Juni 1918 keine Ausgabe.

Am Freitag, dem 28. Juni 1918 für

- Bezirk 62: Karpfenstraße, Jakobstraße, Teichstraße, Wilhelmstraße, Nebenhofstraße.
- Bezirk 68: Meterstraße.
- Bezirk 58: Lindenstraße, Sächsische Straße, Wendische Straße.
- Bezirk 60: Hansastraße.
- Bezirk 65: Schützenstraße, Blumenstraße, Reiteich, Lindenplatz, Werfstraße, Kirchenstraße, Am Bahnhof, Bahnhofstraße, Altes Bahnhofgebäude.
- Bezirk 59: Schwartauer Allee.
- Bezirk 67: Adlerstraße, Marquard-Platz, Parochamstraße, Greveradenstraße, Marquardstraße.
- Bezirk 73: Glandorpstraße, Keiferstraße.
- Bezirk 74: Friedenstraße, Stittenstraße, Kerdringstraße.
- Bezirk 75: Wickenstraße, Bei der Lohmühle.
- Bezirk 76: Katharinenstraße, Gloginstraße, Marienstraße.
- Bezirk 77: Warendorferstraße.
- Bezirk 78: Genesestraße.
- Bezirk 79: Brodesstraße, Drögestraße, Woltingstraße.
- Bezirk 80: Josephinenstraße, Triftstraße, Karfstraße, Hoßstraße, Eisenstraße, Einsiedelstraße.
- Bezirk 81: Westhofstraße.
- Bezirk 82: Ludwigstraße.
- Bezirk 83: Segebergstraße, Klappenstraße.
- Bezirk 84: Waisenhofstraße, Sadowstraße.
- Bezirk 87: Borwerk mit Trams und Leerhofinsel.

Am Sonnabend, dem 29. Juni 1918 für

- Bezirk 56: Jadenbrücker Allee, Borweiter Friedhof, Friedhofs-Allee.
- Bezirk 70: Ziegelstraße, Kuhnviehhof, Reuhof, Wischstraße, Trampelstraße, Ritterstraße, Waghstraße, Bangweg.
- Bezirk 71: Steinraderweg.
- Bezirk 72: Sedanstraße, Vorbeekstraße, Spargelhof, Schönkötter Straße, Düppelstraße, Alenstraße.
- Bezirk 85: Krempeisdorf.
- Bezirk 34: Am Bungefelde, Israelsdorfer Allee, Schellbruch, Torneiweg, Beim Lannenhof, Jerusalemsberg, Luisenstraße, Jahnstraße, Melanchtonstraße, Gähnenburgstraße, Ballastplatz, Glasbüttenweg, Bonnusstraße.
- Bezirk 35: Roedstraße, Birkenstraße, Schulstraße, Neustraße, Wiesenweg, Al. Vogelhang, Gr. Vogelhang.
- Bezirk 38: Baustraße, Lange Reihe, Gertundenstraße, St. Gertmading.
- Bezirk 39: Parkstraße, Kaiser-Friedrichstraße, Kaiser-Friedrichplatz, Wolfstraße, Adolphplatz, Curtiusstraße, Bugenhagenstraße.
- Bezirk 86: Israelsdorf, Gohmünd.
- Bezirk 32: Arminstraße, Grüner Weg, Grünstraße, Marstring, Rabenstraße, Rittbrock, Bergstraße, Dönskoppel, Lauerhofstraße.
- Bezirk 33: Schöntampstraße, Heinrichstraße, Lüchowstraße.
- Bezirk 36: Alexanderstraße, Marlistraße, Goebenstraße, Bülowstraße.
- Bezirk 37: Kottwitzstraße, Werberstraße, Loigunstraße.
- Bezirk 40: Kaiser-Wilhelmstraße, Hohenstaufenstraße, Hohenzollernstraße, Hünelstraße, Chafotstraße, Gneisenaustraße, Roonstraße.



Unerwartet traf uns die traurige Nachricht, daß unser lieber hoffnungsvoller Sohn und Bruder, der Musketier **Friedrich Fincke** im blühenden Alter von 19 Jahren sein Leben fürs Vaterland lassen mußte. (2901) Dies zeigen an in tiefstem Schmerz **Otto Evers**, zurzeit im Felde, u. Frau Betty geb. Fick. **Wilh. Fincke**, zurzeit im Lazarett. Seine 3 Schwestern und alle Nahestehenden. Klein-Mühlen bei Schwartau. Er war so gut!

Zum 1. Juli ein (2915) **Hausmeister**, Schladen, können unentgeltlich abgehoben werden. Näheres Hürltor-Allee 23a. **Lübecker Vereinsbrauerei**.

Deutschland und Rußland als Führer der Menschheit.

Jede neue Kundgebung Lenins zeigt deutlicher den ungeheuren Fortschritt in der Erkenntnis der sozialistischen Wirklichkeiten, die der Führer des russischen Sozialismus macht. In seiner neuesten Kundgebung spricht Lenin zum ersten Mal die richtige Erkenntnis aus, daß Deutschland und Rußland auf verschiedenen Wegen gemeinsam den sozialistischen Zielen am nächsten gekommen sind.

Diese Darlegungen finden sich in einer sehr interessanten Aufsatzreihe Lenins: „Ueber die Kinderlein von „links“ und das Kleinbürgertum“ in der „Pravda“. Lenin setzt sich darin mit den „linken Kommunisten“ auseinander, die ihm zum Vorwurf machen, daß er nicht sofort zur „allerentschiedensten Vergesellschaftung“ schreitet. Wohl sei es die Aufgabe von gestern gewesen, erwidert ihnen Lenin, so entschieden wie möglich zu nationalisieren, zu konfiszieren, die Macht der Bourgeoisie zu brechen und die Sabotage zu überwinden. „Nur Blinde noch können heute nicht sehen, daß wir mehr nationalisiert, konfiszieren, zerschlagen und zerschlagen haben, als zu zählen wir imstande gewesen sind. Dadurch unterscheidet sich aber gerade die Vergesellschaftung von der gewöhnlichen Konfiskation, daß zum Konfiszieren „Entschiedenheit“ allein genügt ohne das Vermögen zu zählen und richtig zu verteilen; ohne ein solches Können läßt sich aber die Vergesellschaftung nicht durchführen.“

Auch die Warnung der linken Kommunisten vor einer Evolution zum Staatskapitalismus reizt Lenin zum Lachen. „Dabei haben sie nicht einmal bedacht, daß der Staatskapitalismus einen Fortschritt bedeuten würde gegenüber der jetzigen Lage in unserer Räte-Republik.“ Lenin weist darauf hin, daß die Bezeichnung „sozialistische Räte-Republik“ nur den Entschluß der Räte-Macht bedeuten soll, den Uebergang zum Sozialismus zu verwirklichen, aber nicht etwa die Anerkennung der bestehenden Wirtschaftsordnung als einer sozialistischen. In längeren Ausführungen setzt er auseinander, daß in einem kleinbäuerlichen Lande wie das heutige Rußland das kleinbürgerliche Element vorherrschen muß. Die Anarchie des Kleinbesitzes stellt für die Räte-Regierung die größte Gefahr dar, während der Staatskapitalismus unvermeidlich zum Sozialismus führen wird. Lenin illustriert sodann seinen Gedankengang durch das folgende Beispiel:

Deutschland bedeutet „das letzte Wort“ der großkapitalistischen Technik und planmäßigen Organisation, die von dem junkerlich-bürgerlichen Imperialismus beherrscht werden. Seht man an Stelle der durch Druck hervorgerufenen Worte den Staat einer anderen sozialen Form, einen Staat der Räte, d. h. einen proletarischen Staat, so erhält man die Gesamtsumme der Vorbedingungen für den Sozialismus. Der Sozialismus ist undenkbar ohne die großkapitalistische Technik, ohne planvolle staatliche Organisation, die Duzende Millionen Menschen der strengsten Innehaltung einer allgemeinen gültigen Norm bei der Produktion und der Verteilung der Produkte unterwirft. Die Geschichte hat eine so eigenartige Entwicklung genommen, daß sie zum Jahre 1918 zwei getrennte Teile des Sozialismus dicht bei einander gear, gleichsam zwei künftige Küken unter der gemeinsamen Schale des internationalen Imperialismus. Deutschland und Rußland haben 1918 am deutlichsten die materielle Verwirklichung der wirtschaftlichen, produktiven Bedingungen auf der einen, der politischen Bedingungen des Sozialismus auf der anderen Seite in sich verkörpert.

Die siegreiche proletarische Revolution in Deutschland würde plötzlich, mit ungeheurer Leichtigkeit jede imperialistische Eierschale zerbrechen (die leider aus bestem Stahl gefertigt ist und daher nicht von jedem Küken zertrümmert werden kann). Solange in Deutschland die Entladung der Revolution sich verzögert, ist es unsere Aufgabe, den Staatskapitalismus bei den Deutschen zu studieren, ihn nach Kräften für unser Land zu übernehmen, keine diktatorischen Handlungen zu scheuen, um diese Verpflanzung noch

zu fördern als Peter bei Uebertragung des Westlerstums nach dem barbarischen Rußland getan hat, der vor keinem barbarischen Mittel zurückschreckte, im Kampfe gegen das Barbarentum. In Rußland herrscht gegenwärtig der kleinbürgerliche Kapitalismus vor, von dem aus der gleiche Weg zum staatlichen Großkapitalismus und zum Sozialismus führt, der Weg über die gleiche Zwischenstation, genannt „allgemeine Rechnungsführung und Kontrolle über die Produktion und die Produktverteilung.“

Wer das nicht begriff, begeht einen unentgeltbaren ökonomischen Fehler, entweder weil er die wirklichen Tatsachen nicht kennt, nicht sieht was ist, und nicht versteht, der Wahrheit ins Gesicht zu schauen, oder aber weil er sich auf die abstrakte Gegenüberstellung von „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ beschränkt und sich nicht in die gegenwärtigen konkreten Formen und die Stufen dieses Ueberganges bei uns vertieft.

Soweit Lenin. Ob es Rußland wirklich gelingt, auf dem Wege über die Revolution zur sozialisierenden Organisierung der Wirtschaft fortzuschreiten, ist heute leider noch sehr zweifelhaft. Die Gefahr eines Rückfalls, einer schweren Reaktion ist unleugbar. Für den Sozialisten sind die wirtschaftlichen Tatsachen die Grundlagen des gesamten gesellschaftlichen Lebens, die politischen Formen nur Ueberbau. Sie sind, wie es im Programm der ersten Internationalen Marx ausdrückt, überhaupt nur insofern von Bedeutung, als sie zur wirtschaftlichen Emanzipation der Arbeiterklasse beitragen. Deshalb ruht die Entwicklung Deutschlands zum Sozialismus auf festeren und gesünderen Grundlagen als die Rußlands. Die ersten Reichstagswahlen nach dem Krieg mit der ungeheuren starken Sozialdemokratie, welche sie ins Parlament bringen müssen, werden aller Welt enthüllen, was heute nur die schärfsten Denker von der Einsicht und Erfahrung eines Lenins erkennen.

Aber natürlich konnte Rußland nicht die deutschen Wege gehen, sondern mußte seinen eigenen Entwicklungsgehehen folgen. Es bedarf deshalb keines Streites, ob der russische Weg der politischen Revolution oder der deutsche Weg der ökonomischen Evolution der richtige ist. Es genügt die Feststellung, daß Rußland und Deutschland bei der sozialistischen Neuordnung des gesamten gesellschaftlichen Lebens in der Welt vorangehen und deshalb eine natürliche Gemeinschaft gegenüber den Staaten darstellen, die noch tiefer im kapitalistischen Sumpfe stecken.

Eine politische Debatte im preußischen Landtage.

Im preußischen Abgeordnetenhaus kam es am Dienstag anlässlich der Weiterberatung des Etats des Ministeriums des Innern zu bedeutenden politischen Auseinandersetzungen. Genosse Braun übte scharfe Kritik an der Art und Weise, wie die Zensur gehandhabt wird. Die zahllosen Beispiele, die er anführt, werden auch diejenigen, die nicht mit uns grundsätzlich den Standpunkt vertreten, daß die Zensur überhaupt aufgehoben werden muß, zu der Ueberzeugung bringen, daß es so, wie bisher, unmöglich weitergehen kann. Es wirkt tatsächlich nach außen hin geradezu lächerlich und schadet unserem Ansehen im Ausland: nur, wenn Offiziere, die mit der Beachtung der Zensurvorschriften betraut sind, ihr Amt in der Weise ausüben, daß sie sogar willkürliche Artikel verbieten. Was vollends auf rein politischem Gebiete geleistet wird, das schreit geradezu zum Himmel. Besonders harter Eindruck machte unser Redner mit der Schilderung des Vorgehens gegen sozialdemokratische Zeitungen, wie z. B. den „Stettiner Volksboten“, der unter Zensur gestellt ist, und gegen den auch vom kommandierenden General die schärfsten Maßnahmen angewandt werden, lediglich wegen des Abdrucks von Artikeln, die in anderen Blättern unstandslos die Zensur passiert haben. Was Braun weiter über die in den breiten Massen herrschende Stimmung anführte, sowie seine Darlegungen über die Ursachen des Streiks der Munitionsarbeiter verdienen weitestgehende Beachtung. Trotz der Länge seiner Rede, die annähernd zwei Stunden in Anspruch nahm, wurde unser Genosse vom Hause bis zum

Schluss mit großer Aufmerksamkeit angehört, sein Hinweis auf die Notwendigkeit der Befestigung des Dreiklassenwahlrechts und der Einführung des gleichen Wahlrechts, mit dem er seine Rede schloß, begeisterte bis weit in die Reihen der bürgerlichen Linken hinein lebhaften Beifall.

Die Erwiderung des Ministers war recht schwach; er zog sich auf die Behauptung zurück, daß die Zensur nicht in der Hand der Zivilbehörden liege, sondern in der der Militärbehörden, und daß er infolgedessen „keinerlei Einfluss auf ihre Handhabung“ habe! Es stelle ihn nicht an, die Maßnahmen der Zensur zu kritisieren! Der Platz, Kritik zu üben, sei vielmehr der Reichstag beim Titel Gehalt des Kriegsministers. Auf die Fälle von Verboten von Verlesungen, die Genosse Braun angeführt habe, erklärte der Minister nicht eingehen zu können, weil Braun ihn vorher nicht davon unterrichtet habe, und weil er auch nicht wissen könne, inwieweit die Mitteilung der Zivilbehörden an die einzelnen Beschwerdeführer etwa auf Anweisungen von Militärbehörden zurückzuführen seien. Er sei nur verantwortlich für das, was die Zivilbehörden aus eigener Initiative unternehmen. Weiter verbreitete sich der Minister eingehend über seine Stellung zum Bund der Kriegsschädigten, die ihm Gen. Braun vorgehalten hatte. Gegenüber der Erklärung von Braun, daß der Bund der Kriegsschädigten nicht sozialdemokratisch sei, erwiderte der Minister, er habe den Eindruck, daß Sozialdemokraten die entscheidende Leitung in die Hand genommen hätten.

Hierauf kam der Abg. Lüdicke, der neue Vorsitzende der freikonservativen Fraktion, zum Wort, um nach bekannter Art über die „Berichtsjahresresolution“ des Reichstages herzufallen, für die Vaterlandspartei Propaganda zu machen und das gleiche Wahlrecht in Grund und Boden zu verhandeln. Auch zum Streik nahm der freikonservative Redner in der bekannten Weise der Scharfmacher Stellung. Er bestritt, daß die Ursachen in der Erbitterung des Volkes über die Herausforderung der Vaterlandspartei, über die Verkleppung des Wahlrechts und in den Ernährungs-schwierigkeiten zu erblicken seien. Bei der Besprechung der Ernährungs-schwierigkeiten verteidigte er sich sogar zu dem Behauptung, daß die Sozialdemokraten keinen Grund hätten, darüber zu klagen. Es handle sich „um sozialistische Maßnahmen und einen Vorgehensmodus des sozialistischen Staates“. Die Hauswirtschaft an dem Streik, meinte er, trügen die Unabhängigen. Aber auch die Sozialdemokratische Partei habe teil an der Schuld, weil sie dem Streik nicht entgegengetreten sei, sondern „das landesverräterische Treiben der Streikenden gebilligt“ habe.

Hierauf sprach der Abg. Cassel (Sp.) eingehend über die Frage der Reorganisation der inneren Verwaltung und insbesondere über Groß-Berliner Fragen.

15. Genossenschaftstag.

Köln, 17. Juni.

Der 15. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine begann heute vormittag hier im Gürzenich bei zahlreicher Beteiligung. Es sind gegen 900 Delegierte und Gäste anwesend. Die Stadt Köln ist durch den Beigeordneten Dr. Bernsdorf für den verhinderten Oberbürgermeister vertreten, ferner haben die liberale und sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung Vertreter entsandt. Die Generalkommission der Gewerkschaften vertritt Reichstagsabgeordneter Bauer (Berlin). Die mit dem Zentralverband im Tarifvertragsverhältnis stehenden Gewerkschaften, Transportarbeiter, Fäher, Handlungsgeschäften, haben mehrere Delegierte entsandt. Außerdem sind verschiedene Genossenschaftsverbände anderer Richtungen, wie der Allgemeine Verband und Beamtenvereine vertreten.

Als Vorsitzende des Kongresses wurden Barth (München), Hoffmann (Magdeburg) und Banke (Köln) bestimmt.

Es folgten dann eine Reihe Begrüßungsansprachen, bei denen der Vorsitzende des Zentralverbandes, Konrad Barth, besonders das gute Zusammenarbeiten der Genossenschaften verschiedener Richtungen im Kriege hervorhob und den Rußland nach einem blutigen Frieden zum Ausbruch brachte. Der Reichstagsabgeordnete von Köln, Meerfeld, wies in seiner Ansprache auf die ungeheure nationale und wirtschaftliche Bedeutung der Genossenschaften hin. Ohne die Organisation der Genossenschaften könnte das deutsche Volk die Schäden des Krieges nicht überwinden.

Beim ersten Punkt der Tagesordnung

Bericht des Vorstandes

bejprach das geschäftsführende Vorstandsmitglied Heinrich Kaufmann (Hamburg) die Entwicklung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine. Insgesamt gehörten Ende

Rosi Zurflüh.

Eine Geschichte aus den Alpen. Von Johannes Scherr.
8. Fortsetzung.

4. Kapitel.

Von der Zwißl zum Bödeli.

Die Grundzüge des Bauerncharakters sind in der ganzen Welt die gleichen, und sie konzentrieren sich in der Umkehrung eines berühmten evangelischen Wortes: „Nehmen ist selbiger denn geben.“ Der echte Text steht auf dem Papier, die Travestie ist eine Maxime, die in der ganzen Welt und unter allen Ständen praktische Geltung hat. Sie ist obenan in jener weltlichen Bibel, die nicht aufgeschrieben wurde, wohl aber unendlich eifrig praktiziert wird. Unbefangener jedoch wird jener Grundsatz nirgends befolgt als in der bäuerlichen Welt, nicht einmal in der kaufmännischen, und das will doch viel sagen. Man muß den Krassen, den kleinen Egoismus der Bauern kennen, um zu wissen, wie unendlich lächerlich die kunstfeuerwerksmäßige Glorifizierung des „Volkes“ war, die zum Beispiel Anno 1848 von gutmütigen Enthusiasten getrieben wurde. Und doch trotz alledem, wo ist etwas wahrhaft Großes, dessen Wurzel nicht ins Volk hinabreichte? Das liebe Jäh ist und bleibt im Grunde die Springfeder aller menschlichen Tätigkeit, und am Ende aller Euden hat es etwas Ehrenwertes, wenn der Bauer dieses liebe Jäh herb und derb, sozusagen in klassischer Nacktheit ins Leben herausschleudert, während die „gebildeten“ Klaffen dem Ding ein schamäleonisch schillerndes Mäntelchen umzuhängen lieben.

Glücklichweise geht dem großen Gemälde menschlicher Selbstliebe die Monotonie ab. Es ist an Farbennuancen noch reichlicher als die Landkarte des weiland Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. Und mitten in dieser bunten Farbenwüste taucht unversehens da und dort eine Oase auf, so frisch, so grün und heilig still, als blühten die Tauperlen des Schöpfungsmorgens noch an allen Gräsern, und ein Quell von köstlicher Lauterkeit sprudelt aus dem unentwässerten Boden. Ja, es gibt Ausnahmen von der großen Regel des Egoismus, sogar in der Bauernwelt. Ist es der nie begreifbar, daß du, im Hochgebirge wandernd, mit freudiger Ueberzeugung am Gleichherrn mitten unter strengen Grammatikern eine Goldwelle fandest, die taubeprengte Blütentraube in der Morgenrotte punktelnd? So eine Blume gedeiht nicht selten auch inmitten gramtharter Bauernmoral. Das Mädchen, dessen Geschichte ich erzähle, kam den Beweis dafür liefern.

Und das auch darf nicht übersehen werden, daß der grundlegenden Typus bäuerlicher Anpaarungsweise eine unendliche Mannigfaltigkeit im einzelnen nicht ausschließt, eine unendliche

Mannigfaltigkeit in der Art und Weise schon der Stämme, geschweige der Personen. So ist zum Beispiel der Berner Bauer, so hagebüchig er sein mag, immerhin in gewissem Sinne ein nobles Wesen, verglichen mit der Bevölkerung anderer Gegenden der Schweiz, wo die Verquickung des bäuerlichen Elements mit dem industriellen alles mit einer Kruste kalkulierender Gemeinheit überzogen hat. Freilich wäre es sehr gewagt zu meinen, der Zwißlbauer habe, als er so plötzlich und unverhofft in die Heirat seiner Tochter mit dem „Hohschnäiser“ Ruodi willigte, nur einer rein menschlich schönen Rechnung nachgegeben. Ein sehr stark wirkendes Motiv war dabei vielmehr ein echt bäuerliches gewesen. Der Zwißlbauer wollte dem Schurbauer, der bei der Verhandlung über die Mitgift der Rosi nicht nur schrankenlose Habgier an den Tag gelegt, sondern auch ein gewisses beleidigendes Mißtrauen in betreff der Leistungsfähigkeit des Leuenbergers hatte durchblicken lassen, einen recht gelatzenen Poffen spielen, indem er seine Tochter auf der Stelle einem andern gab. Aber nachdem er sich einmal dazu entschlossen, hatte er freimütig und nobel gehandelt. Er war ohne weiteres zu dem Ruodi gegangen, hatte diesem den ganzen Hergang der abgebrochenen Heiratsunterhandlung mitgeteilt, hatte dann dem Ueberwachten selber seine Tochter angetragen und schließlich beigestimmt, er werde jetzt der Rosi eine größere Aussteuer geben, als im Falle sie den langen Schuroni geheiratet hätte.

Also war des Zwißlbauers ältere Tochter fast noch jünger, als der Schurbauer gemeint hatte, aber keineswegs in jenem Sinne, ein „prächtig's Brütli“ geworden. Ja, das mußte ihr selbst der Reid lassen, und „wenn's auch allen Mädchen in den Schwänzen wechelt“, wie sich die Jungfer Bibbelsi dichterisch ausdrückte, des Schli-Tatobis Tochter, ein Weibchen von sehr „bestandenem“ Alter, genannt die Zptig (Zeitung) von Windgellen, eine sehr respektable und nicht wenig gefährdete Person, von der ein dörflicher Witzbold behauptet, sie hätte sich aus Aerger und Kummer, keinen Mann bekommen zu haben, einen „arzhägen“ Schur und Kinnbart wachsen lassen. Selbige Jungfer Bibbelsi mußte mit der ganzen kritischen Schärfe ihrer Augen den Hochzeitszug, der im Laufe des Septembermorgens, in dessen Frühe der junge Varrer das Schwarzjähli droben bei der Teufelsanzel getroffen hatte, von der Zwißl herab zur Kirche ging. Bei dieser Gelegenheit tat die Zptig von Windgellen den erwünschten Anspruch, konnte aber doch nicht umhin, beizufügen, die Augen der Rosi seien doch gäng es bizzelet zu groß, und ferner, der Hut des Ruodi sei gäng es bizzelet zu modig, ja, und 's Breueli, das als „Brutzjumperli“ hinter der Schwester herging, sei nummeentlich für sein Alter mehr als e bizzelet zu viel wie ein „Döckli“, oder gäng wie 'ne „Pringeli“ ausgeputzt, und der Brautvater, der Zwißlbauer, der gab' sich gäng gar ein Ansehen, als wär' er der Bürgermeister von Bern.

Groß waren die Augen der Rosi, das ist wahr, aber beileibe nicht zu groß, und es war eben kein Wunder, daß nach andere Leute als der Ruodi gern, zu gern in diese saften und guten Kornblumenaugen schauten. Da war kein Falz darin, und so war auch kein Tadel und Mäkel an der ganzen hochblauen Mädchengestalt, welche die Blüte ihrer Jugendfülle so leicht trug, als hätte sie nichts an ihr zu tragen. Wie jedermann weiß, gedeiht im Bernergebiet ein Mädchenschlag, so hübsch wie nicht bald wo. Ja, es ist 'ne rechte Freude, diese Weitsicht in ihrem Sonntagsschmuck zu sehen, und recht staatsmännig ist auch diese Frauenracht. Das müssen wahrlich „habliche“ Bauern sein, die ihre Weiber und Töchter so „ufrühen“ können, ja bei Gott! nichts als Seide und feines Linnen der ganze Anzug. Aber ihr kennt ja die falkenreiche dunkelfarbige Züppe mit dem handbreiten Saumstreif am unteren Saum, den kurzen Schapen, der den Wuchs prächtig hervorhebt. Das schwarze Mieder, von dem schwere silberne Ketten herab und unter der Mähelähle durchgehen, das blendend weiße Koller, das aus dem Mieder hernar bis zum Hals hinaufwölbt und sich eng um diesen und den Nacken schließt. Droben in Windgellen tragen die Mädchen ihren Mieder und Koller noch ein fünfzingerbreites Fruchtkorn von Scharlach, und trug das auch die Rosi an ihrem Ehrenzuge, heute zum letztenmal. Auch die beiden prächtigen, mit einem roten Seidenband durchsichtenen Zöpfe ihres goldbraunen Haars hielten ihr nur noch heute frei über den Rücken hinaus. Morgen schon mußte sie sich dieselben um den Kopf wickeln, denn so wollte es der Brauch bei jungen Frauen. Oh, sie war schön, die Rosi, wie sie sichtlich einherging unter dem Brautkranz, der ihr an der Stirne und den Schläfen von der Natur gar reizend gekräuseltes Haar einfachte. Der Bräutigam seinerseits war, wie schon früher erwähnt worden, ein häßlicher Chnab, und der weltberühmte Schneidermeister Düpferli drunten in Meiringen hatte alle seine Kunst aufgebracht, daß der schwarze Anzug des Hochzeitors „gäng herrenmäßig“ sei, und wie prächtig auch dieser Anzug neben dem materiellen Schmuck der Braut erschien, so gefiel er dieser doch. Wenigstens warf sie im Geheh zuweilen einen verstockten Blick auf ihren Bräutigam, und so oft der Ruodi so einen Blick aufwarf, ließen seine lachenden braunen Augen gewahren, daß in seinem Herzen die Freude mit Trompeten und Pauken mahlzierte. Das tat sie auch in dem Herzen der Brautmutter, die heute so rote Baden und so frohmütige Augen hatte, als wollte sie aller Welt damit sagen: „Queget, aus der Sach' ist gäng doch ebbs worden!“

Fortsetzung folgt.

1917 dem Zentralverband 1112 Vereinigungen mit 2 200 000 Mitgliedern und 25 400 beschäftigten Personen an. Als besonders beachtenswert erscheint der starke Mitgliederzuwachs während der Kriegszeit um nahezu eine halbe Million oder 27 1/2 Prozent, ein Beweis dafür, daß trotz aller Schwierigkeiten und der vielfachen Zurücksetzungen durch manche Behörden die Anziehungskraft der Konsumgenossenschaftsbewegung sich noch verstärkt hat. Die Mitglieder streben zum gemeinsamen Werk und werden neue Mitglieder zur Mitarbeit. Die Berufslosigkeit läßt erkennen, daß immer weitere Kreise sich der Konsumgenossenschaftsbewegung anschließen. So stieg die Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden von 88 000 auf 116 000, der Landwirte von 30 000 auf 43 000 und der Beamten und Mitglieder der freien Berufe von 57 000 auf 91 000. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug bei Kriegsbeginn 267 000. Sie ist während des Krieges auf 448 000 gestiegen, ein Beweis, daß die Frauen in weitem Umfange an die Stelle ihrer im Felde stehenden oder gefallenen Männer getreten sind, um das gemeinsame Werk fortzuführen. Ein Blick auf die ungetreue Fülle der zukünftigen Aufgaben der Konsumgenossenschaftsbewegung läßt — ganz abgesehen von der gesunkenen Kaufkraft des Geldes — eine weitere erhebliche Steigerung der Kapitalkraft der Konsumgenossenschaften notwendig erscheinen. Als zukünftige Aufgaben der Konsumgenossenschaften ist zunächst die Erweiterung der Warenverteilung auf alle Bedarfsartikel zu nennen, die bisher durch die preussische Warenhaussteuer in weiten Teilen des Reiches verhindert worden ist. Gerade die gegenwärtigen Preissteigerungen in Bekleidungsgegenständen, Schuhwaren und Haushaltsartikeln zeigen die Notwendigkeit des Einsetzens einer preisregulierenden Tätigkeit der Konsumvereine. Diese Erweiterung der Warenverteilung ist eine Vorbedingung für die nach dem Kriege so dringend notwendige Schaffung einer wirtschaftlichen Rüstung, darum müssen die preussische Warenhaussteuer und ähnliche Steuern fallen. Die gute Entwicklung der Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften und ihrer Großverkaufsgesellschaft während der Kriegszeit lassen als eine weitere zukünftige Aufgabe den Ausbau der Eigenproduktion erkennen. In Frage kommen der Ausbau der genossenschaftlichen Bäckereien, die Errichtung von Schlachtereien, die Entwicklung der sogenannten Reinen Eigenproduktion (Mineralwasserfabrikation, Sauerkrautfabrikation, Gurkfabrikation, Molkerei usw.), die Errichtung von Molkereien (eventuell in Verbindung mit den Gemeinden und Landwirten), von Bezirksbierbrauereien usw. Die für die Konsumvereine gemeinschaftliche Eigenproduktion der Großverkaufsgesellschaft kann um Duzende von Fabriken der Nahrungs- und Genussmittelbranche sowie später auch der Bekleidungs- und Schuhwarenbranche erweitert werden.

Am Schluß seiner Ausführungen betonte Redner, das deutsche Volk kämpfe um seine Freiheit und sein Selbstbestimmungsrecht, und es werde diese zu verteidigen wissen nach außen und nach innen. Er trage den Dank des Genossenschaftstages an alle, die — sei es im Westenlande, sei es im Bürgerlande — an der Verteidigung des Vaterlandes und dem Ausbau seiner Einrichtungen mitgewirkt haben, zum Ausdruck. (Lebhafter Beifall.)

Über die Tätigkeit des Vorstandes unter besonderer Berücksichtigung der durch den Krieg erforderten Maßnahmen referierte hierauf das Vorstandsmitglied Bästlein (Hamburg). Redner berichtete zunächst über die im Verlaufe des Beschlusses des Genossenschaftstages im Verlaufe getroffenen Maßnahmen, betreffend die öffentlich-rechtliche Vertretung der Verbraucher. Sowohl an den Deutschen Reichstag wie auch an sämtliche Bundesräte sind Eingaben dahingehend gemacht worden, den Konsumvereinen eine Vertretung in den Handelstammern zu gewähren. Die Mehrheit der Reichstages hat diese Frage bereits behandelt und sehr zum Teil der Sache auch wohlwollend gegenüber. Die weitere Rationalisierung aller Lebensmittel hat teilweise zu Unannehmlichkeiten geführt. Dort, wo die Leiter der Konsumvereine bei den Behörden mitarbeiten, wozu sich die Sache glatt, dagegen machte sich andererseits in den Gemeinden eine Wirtschaftspolitik bemerkbar. Trotz Beschluß des Kriegsernährungsamtes, die Konsumvereine nach ihrer Mitgliederzahl oder nach Auslegung von Kundenlisten zu befestern, mußte gegen verschiedene Mißgriffe — die Fälligkeit eingehend beiprucht — Front gemacht werden. Redner berichtete alsdann eingehend über die Zukerversorgung und stellt fest, daß ein großer Teil von Kommunalverbänden die durch die Bundesratsverordnungen festgelegten Höchstpreise übertreite, und zwar sind es solche, die die Selbstversorgung der Zucker in die Hand genommen haben. Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine verlangt bei der Zukerverteilung die Einhaltung des Handels und somit auch der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine. Die Kommunalverbände haben kein Recht, die Höchstpreise zu übertreten und ihre übrigen Ausgaben aus dem Ertrage des Zuckerhandels zu decken, denn die Bundesratsverordnung gilt auch für sie. In Beispielen erläuterte der Redner, welche Summen den Verbrauchern durch die jetzige Zukerverteilung zu Unrecht abgenommen werden. Der Referent betonte dann das Umfassende der Sache. Die Konsumvereine wollen genau wie jeder andere ihren Anteil an der Aufbringung der Mittel tragen. Mit Ermäßigung wird jedoch davon Kenntnis genommen, daß durch einen Antrag Gerstein und Genossen die Konsumvereine besonders betroffen werden sollen. Das Interesse der Mitglieder der Konsumvereine erfordert es, daß man die mündelbestimmte Bevölkerung nicht durch eine Erdrückungsteuer zu höheren Kosten zur Deckung der Reichsausgaben heranzieht, als sie sonst von den Erzeugern des Deutschen Reiches getragen werden.

Zum Schluß seiner mit Zustimmung aufgenommenen Ausführungen begründete Bästlein das Verlangen auf Einsetzung der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine zur Warenverteilung für die Konsumvereine des Deutschen Reiches. Er legte eine Entschiedenheit vor, die im Sinne seiner Darlegungen gehalten ist.

In der Diskussion begründete Fleißner (Dresden) eine vom Konsumverein Dresden eingekaufte und von den Reichstages Delegierten anerkannte Entschiedenheit, in der gegen die von der Reichsregierung geplanten neuen indirekten

Steuern entgegengerichteter Widerspruch erhoben wird. Die geplante Umsatzsteuer würde die Mitglieder der Konsumvereine schwer treffen. Der Referent Bästlein habe gemeint, es sei Sache der politischen Parteien zu der Steuerfrage Stellung zu nehmen. Es sei aber auch eigene Sache der Konsumvereine, sich rücksichtslos zu wehren. Die Genossenschaften müßten sich grundsätzlich gegen indirekte Steuern und gegen die Umsatzsteuer wenden und ihren Protest erheben.

Fleißner (Stuttgart) hat grundsätzliche Einwendungen gegen einige Vorschläge der Entschiedenheit von Dresden. Durch sie würde der Genossenschaftstag verpflichtet, eine Entschiedenheit in der Steuerpolitik zu entscheiden. Das sei aber nicht Aufgabe des Genossenschaftstages, sondern der allgemeinen Partei- und Wirtschaftspolitik. Die Steuerfrage müßte auf dem Boden der politischen Parteien ausgetragen werden. Die Resolution gehe über das Tätigkeitsgebiet der Konsumvereine hinaus. In der Frage der Umsatzsteuer könne er dem Vorredner zustimmen. Hier befindet man sich innerhalb der Kompetenzen der Genossenschaften und könne darum der Genossenschaftstag seiner Meinung darüber Ausdruck geben. Redner ermahnt, die Resolution Fleißner in diesem Sinne abzuändern.

In der weiteren Auseinandersetzung, die manchmal sehr lebhaft war, stimmten einzelne Redner den Ausführungen Fleißners andere den von Fleißner zu. Es wurde betont, daß auch andere wirtschaftliche Organisationen sich mit der Steuerpolitik beschäftigen hätten, ohne daß sie der politischen Betätigung verdächtigt worden seien. Die Dresdener Resolution wäre das mindeste, was gesagt werden müßte. — Fleißner sagte, der Abänderungsvorschlag Fleißners würde der Dresdener Resolution das Rückgrat nehmen; dann sei es besser, keine Entschiedenheit anzunehmen. — Ralsch (Hamburg) meinte, die Theoretiker der beiden sozialdemokratischen Parteien seien sich uneinig, ob direkte oder indirekte Steuern richtig sind, und da solle sich der Genossenschaftstag festlegen! Die Resolution Dresden könnte die Genossenschaften nur schädigen. — Fleißner weißt noch darauf hin, daß Zweifel darüber bestehen, was überhaupt dem Begriff indirekte Steuern entspricht. Letzten Endes müßten alle Steuern von den Verbrauchern getragen werden. Mit seinem Abänderungsvorschlag wolle er die Frage der indirekten Steuern nicht entscheiden, sondern ausschalten. — Frau Steinbach (Hamburg) erklärte, es sei für Sozialdemokraten selbstverständlich, daß sie gegen indirekte Steuern sind. Die Genossenschaften müßten sich aber besonders gegen jede Sonderbesteuerung wenden; man solle dem Abänderungsvorschlag Fleißner zustimmen. — Mirus (Berlin) ist der Ansicht, daß die Resolution Dresden die Interessen der Verbraucher wahr und ihr darum zugestimmt werden müsse. Der Genossenschaftstag als Parlament der Verbraucher müsse sich gegen jede Belastung der Verbraucher wenden, die in den indirekten Steuern liege.

Bei der Abstimmung wurde der Abänderungsantrag Fleißners, wonach der Einspruch gegen indirekte Steuern gestrichen werden soll, gegen eine starke Minderheit angenommen. Der so abgeänderte Antrag Dresden lautet nun: „Der 15. Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine in Köln erhebt entgegengerichteten Widerspruch gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer, die insbesondere mit gesteigerten Sätzen bei Steigerung des Umlages im Kleinhandel vor allem die Mitglieder der Konsumvereine treffen würde. Die Konsumvereine sind keine privatkapitalistischen Unternehmungen, sondern gemeinnützige Einrichtungen zum Wohle der Unbemittelten. Ihren Warenverkauf besonders und gar erhöht zu besteuern, heißt den Mitgliedern den durch genossenschaftliche Betätigung erzielten wirtschaftlichen Vorteil zu einem wesentlichen Teil vernichten; heißt die gemeinnützige Tätigkeit durch drückende Steuern bestrafen. Die im Steuerantrag des Reichstages eingebrachten Anträge auf Staffelung der Umsatzsteuer würden das in ihr liegende Unrecht den Konsumvereinen gegenüber geradezu auf die Spitze treiben. Der Genossenschaftstag erhebt daher den Deutschen Reichstag, jede Maßnahme, welche die Konsumvereine in ihrem volkswirtschaftlichen Streben behindert, zurückzuweisen, soweit solche aber was bestehen, auf deren Beseitigung zu dringen.“

Der Genossenschaftstag stimmte ferner der Entschiedenheit von Bästlein zu. Danach nimmt der Genossenschaftstag mit Bedauern davon Kenntnis, daß die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine bei der Warenverteilung beinahe ganz ausgeschaltet ist und infolgedessen deren Einrichtungen, die doch bei einer gemeinnützigen Warenverteilung die wertvollsten Dienste leisten könnten, brachliegen. Der Genossenschaftstag erhebt die Forderung der Einsetzung der Großverkaufsgesellschaft aufs neue. Mit allem Nachdruck verlangt er die Berücksichtigung dieser Anträge und stellt fest, daß mittels des Bezugscheinprinzips, ebenso wie beim Zucker und bei den Kaffee-Erzeugnissen, die Einsetzung der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine bei allen rationalisierten Waren möglich ist, so daß die Konsumvereine durch die Großverkaufsgesellschaft beliefert werden können. Ferner nimmt der Genossenschaftstag mit Bedauern davon Kenntnis, daß einzelne Kommunalverbände nach wie vor den Konsumvereinen die Zukerbezugscheinne verweigern und das ihnen vorbehaltenen Recht, den Zucker direkt zu verteilen, dazu benutzen, den Konsumvereinen und dem Kleinhandel für Zucker höhere Preise zu berechnen, als das Gesetz gestattet. Durch diese Handlungsmittel wird den Kommunalverbänden der Zucker erheblich vermehrt, wogegen entgegengerichteter Widerspruch eingelegt werden muß. Die Verhandlungen werden dann vertagt.

Soziales.

Für und gegen die Aufhebung des § 152, Absatz 2. Paragraph 152 der Gewerbeordnung bestimmt in Absatz 2, daß alle Koalitionsverbände für die der Gewerbeordnung unterliegenden Arbeiter aufgehoben sind. In Absatz 11, daß aus Koalitionsabreden weder Klagen noch Einreden zulässig ist, und der Rücktritt von solchen Vereinbarungen jedem Teilnehmer ohne weiteres freisteht. § 153 stellte dann bestimmte Koalitionsvergehen unter Sonderstrafen. Die seit langem von der Arbeiterkammer geforderte Aufhebung

dieses § 153 ist seit dem 1. Juni d. J. Tatsache geworden. Im Anschluß daran hat, wie seinerzeit berichtet, der Wirtschaftsbund des Baugewerbes in Groß-Berlin die Beilegung auch des § 152, Absatz 11 in einer Eingabe an den Reichstag gefordert. Wie alle Verträge gehalten werden müßten, so müßten auch Koalitionsabreden Rechtschutz genießen.

Die große Mehrheit der Parteipresse, voran „Vorwärts“ und „Hamburger Echo“, haben diese Eingabe unterstützt, ebenso viele Gewerkschaftsblätter, wie z. B. die „Solgarbeiter-Zeitung“, die schreibt, hoffentlich lasse ein solcher Gesetzentwurf zur Aufhebung des § 152, Absatz 11 nicht lange auf sich warten. Nur der „Grundstein“ widerspricht diesem Standpunkt. Mit Hilfe des Koalitionszwanges könnten die Unternehmer Ausperrungen reiflos durchführen, Konventionalkonten erheben und Kampffonds annehmen. Die Arbeiterkammer könne aber niemals daran denken, etwa die Gewerkschaftsbeiträge zwangsweise einzutreiben oder Mitglieder, die austreten wollten, gewalttätig bei der Stange zu halten.

Diese Einwendungen sind beachtenswert. Grundsätzlich ist eine Bestimmung wie der § 152, Absatz 11 zu verwerfen, aber seine Aufhebung durch ein Sondergesetz empfiehlt sich schwerlich. Nur im Rahmen einer gründlichen positiven Neuordnung des Koalitionsrechts wird sich die richtige Grenzlinie zwischen Koalitionsfreiheit und Koalitionszwang ziehen lassen.

Aus dem Gerichtssaal.

Das eigene Kind ertränkt. Wegen Totschlages wurde vom Throner Schwurgericht das 20 Jahre alte Dienstmädchen Wanda Leckl aus Neugut, Kreis Kulm, das seine eigene zwei Jahre alte Tochter in einem See ertränkt hatte, zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Eine Volkshochschule in Götting. Mit dem 1. Oktober d. J. sollen in Götting Volkshochschullehrergänge eröffnet werden. Man Volkstreuen steht die Teilnahme zu. Das erste Semester läuft bis zum 31. März 1919. Die Vorlesungen finden an vier Wochentagen abends statt. Folgende Gebiete sollen im ersten Halbjahr behandelt werden: 1. Literatur, Kunst, Geschichte, 2. Philosophie, Pädagogik, 3. Rechts- und Finanzwissenschaft, 4. Medizin, 5. Technik, 6. Sprachen: a) russisch, b) türkisch, c) bulgarisch, d) neugriechisch. Die Sprachlehrgänge erfolgen in Berücksichtigung der zu erwartenden wirtschaftlichen Verbindungen mit Rußland und den Ländern der Mittelmächte. Den Vorlesungen sollen sich wissenschaftliche Vorträge anschließen. Die Vorlesungen werden im wissenschaftlichen Geiste, aber volkstümlich gehalten sein. Der Hörsaal für eine 20- bis 24stündige Vorlesung wird 10 Mk. kosten, für Arbeiter und Schüler die Hälfte (Einzelfarten 1 Mk.). Der Hörsaal soll zur Benutzung der großen öffentlichen Bibliothek in Götting berechtigen.

Schweres Cypriansunglück in der Niederlausitz. Die Kottbuser Blätter melden aus Cottbus: Eine folgenschwere Kohlenstaubexplosion ereignete sich Sonntag früh in der Zementfabrik Willingrade. Vier Mann waren gleich tot. Von den anderen, die schwere Brandwunden erlitten, starben sieben im Krankenhaus.

Auch ein Zeichen der Zeit. Von Bahnbeamten wurde am Sonnabend morgen an der Bahnstrecke zwischen Malchow und Gerswalde der 13jährige Schüler Georg Glich aus Berlin aufgefressen. Der Junge hatte die elterliche Wohnung heimlich verlassen, um sich zu Fuß zu seiner in Stettin wohnenden Tante zu begeben. Der kleine Ausreißer gab bei seiner Vernehmung an, daß er die Mutter verlassen habe, weil er nach Erzählung anderer Personen glaubte, daß in Pommeren mehr Essen vorhanden sei.

Ende der Dürre in Mitteldeutschland. Aus Kassel wird gemeldet: In ganz Hessen und einem großen Teile Mitteldeutschlands ist der seit langen Wochen herbeigewünschte Regen niedergegangen.

Gefährlicher Einbruch auf einer Fischei. Auf der Fischei Friedrich Heinrich bei Wörs ereignete sich ein Gefährlicher Einbruch. Ein Steiger und vier Bergleute sind verunglückt. Man hofft, sie retten zu können.

Wo bleiben die Stednadeln?

Da es heute dringendes Gebot ist, auch im kleinen und kleinsten die äußerste Sparsamkeit zu üben, liegt die Frage nahe, was mit den vielen Stednadeln geschieht, die fortgeworfen werden oder sonstwie verloren gehen. Da alljährlich Millionen neuer Stednadeln in den Handel gebracht werden, müssen die alten irgendwie zu Grunde gegangen sein. Wir wissen, wo heißt es in einer Beantwortung dieser Frage in der bei der Deutschen Werktag-Anstalt in Stuttgart erscheinenden Zeitschrift „Neuer Land und Meer“, daß sehr viele Sted-, Näh- und Haarnadeln mit dem Reichtum der Städte ins Müll wandern, und der aufmerksame Beobachter sieht auf den Straßen stets allehand Nadeln, besonders Haarnadeln, umherliegen. Aber die Fortgeworfenen und die Verlorenen bleiben es nicht lange, sondern sie zerfallen unter dem Einfluß der Luft in Staub und Asche, die der Wind verweht. Haar- und Nähnadeln rosten und zermürben. Eizere sehr schnell; schon nach einem halben Jahre ist keine Spur mehr von ihnen da. Nähnadeln aus Stahl widerstehen länger und brauchen drei bis vier Jahre zu ihrer nützlichen Auflösung. Stednadeln zerfallen in anderthalb Jahren. Auch andere metallene Gegenstände, die man verliert oder absichtlich fortwirft, lösen sich im Haushalt der Natur allmählich auf. Stahlfedern vergehen z. B. in fünfzehn bis achtzehn Monaten, und von leeren Konjunkturbecken — früher wanderten sie ja zum größten Teil in die Müllgrube — ist nach zwei Jahren keine Spur mehr vorhanden.“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co., Sämtlich in Lübeck.

Alle Maschinen für unseren Betrieb
ungelernte Arbeiter und Mitarbeiter,
in größerer Zahl, suchen
**Dreher,
Schlosser,
Lokomotivführer,
Rangierer,
Heizer,
Koffenführer und Koffenarbeiter.**
Arbeiternachwehelle Pulverfabrik Bremen,
Rahnenweg, Bahnhofsstr. 22.
Eine Bettstelle mit Betttisch, Matratze und eine Lagerstätte billig zu verkaufen. (2912) Grödelstraße 33/11.
Ein kleines Feder guttes Bett zu verkaufen. (2912) F. Schmidt, Schwarzen, Schwarzenstraße 41.
Jede Art Wasser-Reparatur wird gut und zu solidem Preise schnell ausgeführt. (2910) Schillerstr. 7.
Visitenkarten
Buchdr. Friedr. Meyer & Co. Johannstraße 49.

Danksagung.
Für die große Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Herrn Walter Hängel für seine tröstlichen Worte, ihren Mitarbeiterinnen, dem Metallarbeiter-Verband, den Angehörten, Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Fr. Ewers & Co., A.-G., umfern tiefgefühlten Dank. (2914) Wilhelm Jansch u. Kinder.

Hochwägen, Wirtschaftswagen in allen Größen, bis 8 Zentner Tragkraft.
C. Billosat Ww.,
Fahrad Carl Landwehr, Sandstraße 9. (2907)

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei
Otto Albers
Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mögl. des Rab.-Spar. Lübeck.
Hansa-Theater.
Operetten-Gastspiel.
Heute abend 8 Uhr: (2908) **Stolze Thea**

Bilderleisten einrahmungen
Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2908.
Achtung! Schauerleute!
Versammlung
am Freitag, dem 21. Juni abends 8 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
1. Unser Antrag auf Erhöhung des Tagelohnes.
2. Innere Verbandangelegenheiten.
Das Erscheinen der Kollegen ist dringend notwendig.
Der Vorstand.

Stadthallen-Theater.
Direktion: Stanislaus Fuchs. 2911
Donnerstag, d. 20. Juni 1918;
Wiener Blut.
Operette von Johann Strauß.
Freitag, den 21. Juni 1918.
Einsame Menschen.
Schauspiel von Gerhart Hauptmann.
Sonnabend, den 22. Juni 1918.
Zum letzten Male:
Auf Wunsch:
Bachstelchen.
Volksstück mit Musik von Max Bertuch.
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.